

Dritte Sitzung – Troisième séance

Mittwoch, 19. September 1990, Vormittag
Mercredi 19 septembre 1990, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Ruffly

90.018

Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe

Coopération technique et aide financière

Botschaft und Beschlussentwurf vom 21. Februar 1990 (BBI I, 1205)
Message et projet d'arrêté du 21 février 1990 (FF I, 1153)

Beschluss des Ständerates vom 21. Juni 1990
Décision du Conseil des Etats du 21 juin 1990

Kategorie I, Art. 68 GRN – Catégorie I, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Bundi, Berichterstatter: Mit der vorliegenden Botschaft beantragt der Bundesrat dem Parlament aufgrund des Gesetzes über die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe einen neuen Rahmenkredit.

1. Zunächst zum Umfang und zur Art der Vorlage. In Abweichung von der bisherigen Praxis wird nunmehr – ähnlich wie die Legislaturperioden – ein auf vier statt auf drei Jahre angelegter Rahmen vorgeschlagen. Ein solcher Rahmenkredit erlaubt einerseits, eingegangene Verpflichtungen weiterzuführen, Kontinuität einzuhalten, und andererseits, neue Aktionen zu unternehmen. Für neue Aktionen sind ungefähr 15 Prozent des jetzigen Kreditrahmens vorgesehen.

Für die Zeit von Mitte 1990 bis Ende 1994 wird ein Gesamtkredit von 3,3 Milliarden Franken beantragt. Das ergibt im Mittel jährliche Kredite von 825 Millionen Franken. Damit liegt hier eine reale Erhöhung gegenüber den jährlichen Krediten von bisher durchschnittlich 753 Millionen Franken vor.

Der Bundesrat hat diese bescheidene Erhöhung bewusst angestrebt. Er hat im Legislaturprogramm 1987–1991 die Absicht bekundet, den schweizerischen Beitrag schrittweise an den Durchschnitt der OECD-Länder, der bei 0,35 Prozent des Bruttosozialproduktes liegt, anzunähern. Diese bundesrätliche Absicht wurde auch im Rahmen der parlamentarischen Debatten unterstützt. Die Absichtserklärung des Bundesrates hatte zum Ziel, unsere Leistungen jährlich um 0,01 Prozent zu steigern, bis 1991 auf 0,33 Prozent anwachsen zu lassen. Dieses Ziel scheinen wir nicht zu erreichen; denn die Rechnung 1989 zeigt, dass der Entwicklungshilfeanteil auf dem bereits 1988 erreichten Wert von 0,30 Prozent stagnierte.

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates hat sich eingehend mit der bundesrätlichen Botschaft befasst. Sie ist befriedigt von der seriösen Analyse über die Lage in den Entwicklungsländern, von der kritischen Grundeinstellung zur eigenen Entwicklungszusammenarbeit und ebenso von den ins Auge gefassten Massnahmen für die Zukunft. Die Kommission dankt den zuständigen Stellen für ihre Arbeit und ihren Einsatz. Sie unterstützt die Zielrichtung der skizzierten Zukunftsprogramme, wie Kampf gegen die Armut, Hilfe bei der Gesundheit, Erziehung und beruflichen Ausbildung, Hilfe gegenüber Ausgewanderten und Flüchtlingen,

Unterstützung der ländlichen Bevölkerung, vor allem landwirtschaftlicher Anbaumethoden der Armen, und beim schonenden Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen.

Zu begrüßen ist auch das Bemühen der Verantwortlichen der Entwicklungszusammenarbeit, laufend die Methoden zu verbessern und die Grundsätze der Nachhaltigkeit und der Kohärenz zu beachten.

2. Nun zur Bilanz der Entwicklungszusammenarbeit. Bei einer Bilanz über die Anstrengungen der Entwicklungszusammenarbeit sind einerseits gewisse Erfolge zu verzeichnen. So sind Fortschritte festzustellen in bezug auf das Lebensalter, die Ernährung, die öffentliche Gesundheit und die Erziehung. Diese Fortschritte genügen jedoch nicht. Sie dürfen nicht hinwegtäuschen über Misserfolge der Entwicklungspolitik und insbesondere wirtschaftliche Fehlentwicklungen.

Zu vernichtenden Schlüssen kommt die gegenwärtig in Paris tagende Uno-Konferenz über die ärmsten Entwicklungsländer, die sogenannte Unctad. Trotz einem ambitionösen, substantiellen Programm von 1981 zugunsten der Vierten Welt muss sich diese Konferenz eingestehen, dass sich seither die Lage der fraglichen Ländergruppe, vor allem Schwarzafrikas, weiter verschlechtert, das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen unter den Stand Ende der siebziger Jahre zurückgefallen und die Ernährungslage unverändert prekär ist. Sie gibt offen zu, dass diese Indikatoren, zusammen mit der drückenden Schuldenlast, ein trauriges Zeugnis für das Scheitern der bisherigen Entwicklungsstrategien sind und redet in diesem Zusammenhang von einem «verlorenen Jahrzehnt». Als Ursachen dieses Versagens werden einerseits das strukturell sinkende Preisniveau für Rohwaren und die Schuldenlast und andererseits die Unfähigkeit der Entwicklungsländer, sich dem wirtschaftlichen Wandel anzupassen, genannt.

Es wird also je länger, je mehr erkannt, dass die Ursachen der Armut tiefer liegen als Erfolg oder Misserfolg der Entwicklungszusammenarbeit. Darauf weist auch die bundesrätliche Botschaft hin. So darf von seiten der Industrieländer nicht einfach der Bruttosozialproduktanteil eines Landes an Entwicklungshilfe zum alleinigen Massstab für die Ueberwindung der Krise genommen werden. Zentraler ist es, über den Sinn und über die Erfolgsbedingungen zu reflektieren. Entwicklungshilfe kann zu einem Fass ohne Boden werden, wenn grundlegende weltwirtschaftliche Fehlentwicklungen nicht korrigiert werden. Diese betreffen in erster Linie den Rohstoffbereich und die Verschuldung oder die Politik der Weltbank, d. h. sie betreffen den Verantwortungsbereich der Industriestaaten auf der einen Seite, sie betreffen dann aber auch die Krise der staatlichen Institutionen in vielen Ländern, das Uebermass der Rüstungsaufwendungen und die Respektierung der Menschenrechte. Hier liegt also ein Verantwortungsbereich der Entwicklungsländer selber. Die Migrationen mit all ihrem Elend sind zum Teil die Folge dieser genannten Ursachen. Wie sehr bei der Behebung dieser Ursachen die Industrieländer selber in die Pflicht genommen sind, bezeugt der Hinweis in der Botschaft, Seite 41, wo nach Berechnungen der Weltbank «durch protektionistische Massnahmen der Industrieländer allein im Industriesektor den Entwicklungsländern jährlich Einkommensverluste entstehen, die zweimal die gesamte Entwicklungshilfe aufwiegen, welche die Entwicklungsländer erhalten».

3. Erfordernisse der Schweizer Entwicklungshilfe: Von solchen Feststellungen ausgehend muss sich auch die Schweiz fragen, wie sie zur Lösung der Hauptprobleme beitragen kann. Ansätze dazu scheinen im Gange zu sein, was vor allem die Absicht zu einem grösseren Schuldenerlass bezeugt. Es wird sich in Bälde weisen, ob man aber zu weitergehendem Entgegenkommen bereit ist, wenn z. B. im Rahmen des Abbaus des weltweiten Gefälles zwischen Nord und Süd höhere Ausgleichszahlungen im Rohstoffbereich oder zur Eindämmung der Migrationen und für die Repatriierung von Flüchtlingen eine sogenannte Friedensdividende – eine nach materiellem Wohlstand ausgerichtete Steuer – zur Diskussion stehen wird, wie sie jüngst Botschafter Jamal von Tansania erwähnt hat.

Aber auch schon im Rahmen unserer traditionellen Entwick-

lungszusammenarbeit müssen wir unser Tun laufend überprüfen und in Frage stellen. Ein wichtiger Grundsatz darin ist die geographische und sektorielle Konzentration, das heisst, die Setzung von Schwerpunkten. Die Botschaft redet denn auch von Schwerpunktländern und ortet diese in Afrika, Lateinamerika und Asien. In diesen drei Kontinenten sind es 19 Länder. Da werden 65 Prozent der Mittel eingesetzt. Man muss sich fragen, ob damit eine genügende Konzentration angestrebt wird und ob damit die Uebersicht und die Erfolgskontrolle über die Vorgänge genügend gewährleistet sind. Wäre es für die Schweiz nicht besser, sich auf weniger Länder zu konzentrieren?

Eine Frage, die unbedingt im Mittelpunkt jeder entwicklungs-politischen Diskussion stehen muss, ist die, ob die einem Land zugewiesenen finanziellen Mittel dort wirklich sinnvoll eingesetzt werden können. Die Unctad-Konferenz warnt zum Beispiel aufgrund ihrer Erfahrungen von 1981, einfach Erfüllungsziele zu setzen, Geld zu budgetieren, das dann um jeden Preis aufgebraucht werden muss, obschon viele Empfängerländer fehlende Absorptionsfähigkeit aufweisen. Auch schweizerische Programme sind nicht vor dieser Gefahr gefeit. Es ist naheliegend, dass man einmal beschlossene Kreditrahmen aufbrauchen möchte. Aber zumindest sollte bei umstrittenen Projekten, bei Zweifeln der Mitarbeiter an der Front auch der Mut zum Stopp, zum Rückzug aus fehlgeleiteten Bahnen aufgebracht werden.

In diesem Zusammenhang komme ich noch auf ein drittes Problem der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit zu sprechen: Es betrifft dies das Personal. Die Direktion für Entwicklungshilfe macht grosse Anstrengungen, qualifiziertes Personal zu bekommen. In dem Moment, da mehr Geld zur Verfügung steht, mehr und komplexere Projekte zu bearbeiten sind, ist es klar, dass man mehr Leute braucht, auch wenn vieles personell in Zusammenarbeit mit den privaten Hilfswerken geschieht. Das Parlament muss, wenn es mehr Mittel bewilligt, auch neue Stellen bewilligen. Daneben will die DEH vermehrt Mitarbeiter in privatrechtlichem Verhältnis anstellen. Insoweit es zur notwendigen Flexibilität beiträgt, kann man das durchaus befürworten. Aber das Wichtigste sind qualifizierte, für ihre anspruchsvollen Aufgaben gut ausgebildete und vorbereitete Mitarbeiter. Im weiteren dürfte man auch gut beraten sein, wenn man die kritischen Mitarbeiter an der Front – und es sollen dort die kritischsten Leute des EDA zu finden sein, was ich als gutes Zeichen werte – in ihrer Kritik nicht abweist oder gering schätzt, sondern sie ernst nimmt und auf ihre Argumente eingeht.

4. Noch zwei Bemerkungen zu Osteuropa und zum weltweiten Aufbruch: Es ist befürchtet worden, dass die Industrieländer und damit auch die Schweiz bei ihrer Hinwendung zu Osteuropa nun einseitig diese Region bevorzugen und die Länder der Dritten und Vierten Welt vergessen könnten. Das ist, was die Schweiz betrifft, keineswegs der Fall. Die Botschaft, die wir beraten, zeugt davon, wie wir nach wie vor unsere Aufgaben gegenüber dem Süden seriös erfüllen wollen.

In diesem Zusammenhang eröffnet sich uns auch ein kleiner Hoffnungsschimmer. Die Perestroika in der Sowjetunion und die Veränderungen in Zentraleuropa haben eine gewisse Signalwirkung auf manche Länder der Dritten Welt gehabt, insbesondere Afrikas, wo da und dort eine Hinwendung zur Marktwirtschaft und zur pluralistischen Demokratie feststellbar ist. Solche Entwicklungen sind natürlich erwünscht und erleichtern den Umbau staatlicher Institutionen, die wiederum in der Entwicklungszusammenarbeit bessere Früchte erwarten lassen.

Erfreulich insgesamt ist die Haltung unserer zuständigen Behörden, die sich nachdrücklich fragen, auf welche Weise die Schweiz auch ausserhalb unserer Entwicklungszusammenarbeit eine kohärentere, entwicklungsfreundlichere Politik gegenüber den armen Ländern betreiben kann. Das ganze Kapitel 2 der Botschaft ist diesem Thema gewidmet. Es bleibt zu hoffen, dass auch wir als Parlament kräftig Hand bieten zu wirksamen Lösungsansätzen.

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates hat dem Bundesbeschluss einstimmig zugestimmt. Ich bitte den Rat, in gleichem Sinne zu beschliessen, das

heisst auf die Vorlage einzutreten. Auf den Minderheitsantrag von Kollege Spälti kommen wir nachher zurück.

M. Grassi, rapporteur: Les bouleversements récents sur la scène internationale, s'ajoutant à des évolutions à long terme, conduisent les pays occidentaux à concentrer leur action internationale sur quelques objectifs considérés comme prioritaires, à savoir l'appui aux démocraties naissantes et à la transition économique dans les pays de l'Europe de l'Est, le désarmement et la sécurité en Europe, la prévention de risques écologiques majeurs et la sauvegarde de l'environnement, la constitution d'ensembles économiques régionaux autour des trois pôles ouest-européen, nord-américain et japonais.

Les efforts entrepris pour progresser dans ces différents domaines promettent un regain de prospérité économique, la consolidation de la paix et l'émergence de nouvelles formes de solidarité. Ils ne produiront toutefois leur plein effet que dans la mesure où une mobilisation analogue se met en place au service d'un autre objectif, tout aussi prioritaire: la revitalisation des relations et de la coopération Nord-Sud.

Le message que nous propose le Conseil fédéral contient les éléments de réponse à la question de savoir de quelle manière la Suisse peut mener, même en dehors de la coopération au développement, une politique plus cohérente et plus propice au développement vis-à-vis des pays du tiers monde. C'est sur l'aide aux pays les plus défavorisés que s'est concentrée notre aide dans le passé, et c'est sur ces mêmes pays, les plus vulnérables, qu'est dirigée notre action future. Un tel engagement se justifie par l'ensemble des fragilités structurelles qui pèsent sur ces pays, faisant obstacle durablement à leur croissance et à leur développement.

Les principales caractéristiques communes à la catégorie des pays les moins avancés sont les suivantes: produit national brut par habitant d'environ 220 dollars, soit un treizième de la moyenne mondiale, économie désarticulée et très peu diversifiée, faible capacité d'exportation consistant en un nombre limité de produits de base traditionnels, marché intérieur restreint, ressources humaines profondément affectées par le manque de services d'éducation et de santé, environnement naturel fragile – désertification, déforestation – limitant la productivité de l'agriculture, handicaps géographiques – insularité, enclavement – nuisant à l'organisation et à l'expansion des échanges. Cet ensemble d'obstacles structurels est aggravé par une très forte vulnérabilité des taux d'intérêts, chute des prix des matières premières, catastrophes naturelles. D'autre part, ces pays ne peuvent guère profiter des échanges internationaux, compte tenu de leur position marginale dans l'économie mondiale. Ils participent pour à peine un pour cent au commerce international et ils se situent en marge de tous les grands courants technologiques et financiers. Enfin, cela les empêche le plus souvent de tirer un réel bénéfice des mesures internationales destinées aux pays en voie de développement dans leur ensemble. C'est donc cette extrême fragilité qui légitime un traitement spécial en faveur des pays moins avancés.

Le nouveau programme proposé par le Conseil fédéral en reconnaît la nécessité, vu que les grands objectifs économiques et sociaux auxquels la communauté internationale s'attendait pour la décennie écoulée n'ont pas été atteints. La situation des pays moins avancés s'est même gravement détériorée au cours des années 80. La majorité d'entre eux ont enregistré une croissance négative de leur production industrielle et agricole par habitant. Ils ont été confrontés à un désinvestissement dans de nombreux secteurs productifs ainsi qu'à une perte des marchés extérieurs. Les groupes de population les plus vulnérables ont été fortement touchés par l'accroissement du chômage et par la dégradation du fonctionnement des secteurs sociaux.

Cette évolution générale résulte de la conjugaison de politiques intérieures inadaptées, d'un soutien extérieur insuffisant et d'un environnement économique international défavorable. Il faut y ajouter encore des événements imprévus qui ont précipité la crise: la croissance de la dette extérieure, les effets déflationnistes liés à la mise en place de programmes d'ajuste-

ments structurels, l'effondrement des prix des matières premières.

L'expérience de la décennie passée permet de dégager trois leçons principales. La première est qu'il n'existe pas de remède simple susceptible de lever comme par miracle les obstacles au développement de ces pays. Les pays moins avancés et la communauté internationale devront s'accorder sur un ensemble de mesures coordonnées et complémentaires pour renverser la tendance à l'appauvrissement et à la marginalisation. Celles-ci devront être mises en oeuvre et poursuivies avec persévérance, et c'est là la deuxième leçon de la décennie passée. Pour que soient respectés les engagements pris et pour qu'ils se traduisent en actions concrètes, des mécanismes de suivi sont nécessaires. Enfin, l'expérience enseigne qu'inévitablement des événements imprévus perturbent le bon déroulement des politiques mises en oeuvre. Il importe donc de prévoir que les mécanismes de suivi garantissent une réaction rapide et suffisante.

Les pays moins avancés sont pleinement responsables des stratégies nationales de développement. Ces politiques comportent notamment les axes prioritaires suivants: l'établissement d'un cadre macro-économique stable et orienté vers la croissance, la promotion des priorités sectorielles correspondant aux objectifs économiques et sociaux à long terme, la valorisation et la mobilisation des ressources humaines, la lutte contre la pauvreté des groupes les plus vulnérables de la société.

Les pays industrialisés ont, quant à eux, la responsabilité de créer un environnement international favorable et de fournir aux pays moins avancés les appuis extérieurs nécessaires: aide publique pour soutenir les programmes macro-économiques, sectoriels et de mise en valeur des ressources humaines, allègement de la dette pour détendre les contraintes financières externes, financement compensatoire en cas de chute des prix des produits de base, facilité d'accès au marché pour assurer des recettes extérieures prévisibles et stables.

C'est sur ce principe de co-responsabilité de la communauté internationale et des pays moins avancés dans le développement de ces derniers, et donc d'un partenariat où les responsabilités des uns et des autres sont bien définies, que repose la stratégie du Conseil fédéral comme elle est présentée dans ce message. Le programme d'action prévoit aussi des mécanismes de suivi aux échelons national, régional et global. Ils doivent essentiellement permettre d'adapter les objectifs et les mesures aux besoins spécifiques de chaque pays, de faire le lien entre la situation globale et les stratégies sectorielles, et de procéder à des révisions régulières de l'action concertée en fonction de l'évolution de l'environnement intérieur et international.

La politique de la Confédération à l'égard des pays en développement comprend principalement la coopération au développement proprement dite avec ses divers instruments et formes tels que la coopération technique, l'aide financière, la coopération avec les institutions internationales ainsi que l'aide humanitaire. Les flux d'aide extérieure continuent de représenter pour le développement des pays moins avancés une source majeure de financement.

Le message décrit l'objectif chiffré, réaliste, mais à la mesure des besoins que la Suisse prévoit pour chaque pays. On tient compte des expériences acquises pour une amélioration de la qualité de l'aide et des changements d'attitude du côté des bénéficiaires. Une attention particulière sera donnée aux conditions d'allocations, à la coordination, aux capacités de gestion et d'absorption, à la décentralisation et à la participation des populations. L'accent sera mis sur ce dernier point: le développement des ressources humaines, et cela à travers la promotion de l'être humain dans toutes ses manifestations qui sont la santé, l'éducation, la formation professionnelle, la capacité de gestion individuelle.

Il faut permettre aux talents naturels de s'épanouir et à tous les agents de la société de participer pleinement au développement. Il ne s'agit pas seulement des agents économiques des secteurs public et privé, mais aussi d'autres forces actives, en particulier des organisations non gouvernementales et des

femmes. Dans ce cadre, je souligne avec plaisir que le Conseil fédéral promet une attention particulière au rôle de la femme, dont la position sociale doit être mise en valeur afin qu'elle puisse jouer un rôle important dans la gestion, non seulement de la famille, mais aussi de la société, tant dans les activités sociales que productives.

Notre programme d'aide au développement tiendra compte aussi du problème de la migration et des réfugiés ainsi que des personnes déplacées. C'est un problème délicat qui peut trouver une solution seulement à longue échéance, par une amélioration générale des conditions de vie de la population d'une région entière. Les efforts dans cette direction doivent être coordonnés avec d'autres pays dans un cadre international.

La mobilisation des ressources humaines ne peut se faire sans la promotion des droits de l'homme. En particulier, l'extension des libertés individuelles est nécessaire pour promouvoir les initiatives économiques. Toutefois, elle ne constitue pas une garantie de promotion des droits sociaux, également indispensables pour le fonctionnement et le progrès d'une société.

La dette extérieure est l'un des problèmes centraux auxquels est confronté le système financier. L'encours de la dette des pays les moins avancés représente en moyenne 72 pour cent de leur produit national brut annuel et le paiement de son service correspond à 27 pour cent de leur revenu d'exportation. Les mesures prises jusqu'à ce jour permettent un ralentissement sensible des taux de croissance de l'endettement, mais elles ne parviennent toutefois pas à en réduire la charge globale, condition indispensable pour la relance de la croissance dans les pays en développement.

Un développement social et économique continu et à grande échelle est une condition préalable à toute solution durable du problème de l'endettement. Dans certains pays, le montant de la dette est pratiquement identique à celui des capitaux placés à l'étranger. Selon certaines estimations, près de la moitié du total des crédits accordés au tiers monde, au cours des dix dernières années, est retournée dans les pays industrialisés. Pour inexacts que soient ces chiffres, ils indiquent bel et bien que la mise en place d'un environnement économique favorable au rapatriement des capitaux constitue un élément indispensable à toute solution au problème de l'endettement. Nous aurons l'occasion d'en reparler au cours de cette session. Je me bornerai à souligner qu'il est donc important que les pays moins avancés créent un climat de confiance dans le cadre de leur économie nationale et de leurs dirigeants politiques. La Suisse peut y contribuer de manière déterminante.

La crise de l'endettement a des répercussions écologiques, surtout pour les pays qui assurent le service de leur dette par l'exportation de biens dont la production met à forte contribution l'environnement. La dégradation de l'environnement par les pays les plus pauvres résulte aussi d'une conjugaison de la pauvreté, de la pression démographique et de catastrophes naturelles. Un appui spécifique est donc indispensable pour assurer une saine gestion des ressources naturelles en fonction de la nature des écosystèmes locaux.

D'autre part, la préoccupation à l'égard de l'environnement ne devrait pas engendrer une nouvelle conditionnalité pour l'ensemble des projets de développement. Elle doit rester compatible avec l'exigence d'une croissance soutenue. Cette dernière considération montre que les relations des pays industrialisés avec les pays en développement ne sont pas sans comporter certaines incompatibilités. Cela vaut également pour la Suisse et ses relations avec le tiers monde. Etant donné la diversité et la complexité de ces relations, les conflits entre intérêts à court terme et intérêts à long terme, ou entre les intérêts des pays en développement et nos intérêts propres sont d'emblée inévitables. Le Conseil fédéral le fait ressortir dans ses considérations. Le programme d'aide s'efforcera de conduire une politique aussi cohérente que possible en cherchant à éliminer autant que possible toute contradiction.

J'ai voulu approfondir quelques principes de la politique de coopération technique et d'aide financière en faveur des pays en développement pour tenter de faire comprendre, s'il en est besoin, la nécessité et l'envergure d'une solidarité avec les

plus pauvres de ce monde. Au-delà des succès ou des échecs de la coopération au développement, il me paraît essentiel de rappeler que le dossier Suisse/pays en développement ne peut pas rester en marge de notre vie socio-économique. Il en devient une des pièces maîtresses. C'est pour cela qu'il faut constamment orienter la population suisse sur les problèmes liés au développement du tiers monde et sur la tâche et la contribution de notre pays.

Votre commission a eu un échange de vues très intéressant avec les responsables de notre politique de développement. Elle a apprécié le travail fait par la Suisse en faveur des pays et des populations les plus pauvres de notre hémisphère, tel qu'il ressort du bilan dressé des activités de ces dernières années. Elle estime que le rapport présenté donne des indications assez précises du programme d'interventions prévues pour les prochaines années. L'accroissement réel du crédit, avec 3 pour cent, n'est certainement pas spectaculaire. D'autre part, il faut considérer qu'aux 3300 millions de francs de ce crédit de programme s'ajoutent les 840 millions de francs pour le financement des mesures de politique économique et commerciale que nous déciderons plus tard, les moyens financiers alloués à l'aide humanitaire en 1988, de 530 millions, ainsi que la participation aux banques régionales de développement et à la garantie multilatérale contre les risques à l'investissement de 680 millions, octroyée en 1987. Cela fait un total de 5,35 milliards de francs.

Pour la première fois, la durée du nouveau crédit de programme s'étend sur une période de quatre ans. Cela permet de prendre, jusqu'à la mi-décembre 1994, au moins les engagements nécessaires à la poursuite de notre coopération technique et de notre aide financière.

Au nom de la Commission des affaires étrangères unanime, je vous invite à entrer en matière et à approuver l'arrêté fédéral qui vous est soumis.

Burckhardt: Die Fraktion der Liberalen stimmt dem Bundesbeschluss über die Weiterführung der Zusammenarbeit in der Finanzhilfe für Entwicklungsländer zu. Ich möchte zunächst nicht unterlassen, auf die hohe Informationsqualität der dazugehörenden Botschaft hinzuweisen und dafür ausdrücklich zu danken. Der Einblick in die fast grenzenlose Problematik der heutigen, global verbundenen menschlichen Gesellschaft, den diese Botschaft – zum Teil zwischen den Zeilen – bietet, ist in der Tat erschütternd und lässt Menschenrechtsprobleme in der Schweiz, z. B. die Fichengeschichte, doch als relativ unwesentlich erscheinen.

Bedenken wir nur als ein Beispiel die folgenden Zahleninformationen aus dem afrikanischen Raum südlich der Sahara, welche die Botschaft vermittelt. In den Jahren 1980–1986 ist in diesem Erdteil das für die Lebensbedingungen der Menschen nötige Einkommen um etwa 17 Prozent, der durchschnittliche Konsum um etwa 12 Prozent gesunken. Die Produktion von Grundnahrungsmitteln fiel von etwa 230 kg pro Einwohner im Jahr in den sechziger Jahren auf etwa 190 kg in den achtziger Jahren. Dies ist ein Symptom der Gesamterscheinung, dass die Bevölkerung im afrikanischen Raum an Zahl weit schneller wächst als die wirtschaftliche Produktion und dass sich in Afrika zurzeit kein klarer Weg aus dieser wahrhaft grausamen Pression abzeichnet.

Der Ursprung der Situation mag zu einem guten Grad im Versuch der Nachkriegs- und Entkolonialisierungsperiode liegen, die jungen afrikanischen Staaten aus der patriarchalischen Agrarwirtschaft direkt in die Industrialisierung zu führen, mit anderen Worten, eine für viele Generationen abgemessene Aufgabe in der Zeitperiode von einer einzigen Generation erledigen zu wollen. Die Folgen dieser sozioökonomischen Fehlbeurteilung sind zahlreich: Verstädterung, d. h. Verslumung, Auflösung gesellschaftserhaltender Strukturen, Korruption, Rechtslosigkeit und blutiger Nihilismus. Nehmen wir nur die Beispiele der Staaten am Oberlauf des Nils, Sudan und Äthiopien. Letzteres, einst das weitgehend freie Kaiserreich Abessinien, heute ein bürgerkriegsgerütteltes, von der Dürre zusätzlich gezeisseltes Chaos. Oder Mosambik, ein Schwerpunkt schweizerischer Entwicklungshilfe, von dem statistisch be-

kannt ist, dass von Januar bis August 1989 allein etwa 270 000 Menschen nach Südafrika geflohen sind, weil sie im eigenen Lande keine Nahrung und keine Sicherheit mehr finden konnten. Etwa zweimal die Bevölkerung Berns sind allein aus Mosambik auf der Flucht nach Südafrika. Dazu kommen aus Mosambik noch Tausende von Flüchtlingen nach Tansania, Simbabwe und in andere Gebiete. Solche Beispiele wären in Afrika auch noch andere zu nennen.

Man kann politisch die Ursachen oder besser die Verursacher im kapitalistischen oder im kommunistischen Lager suchen. Man kann die Kolonialgeschichte schuldig erklären für die unnatürliche soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Schwarzen Erdteil. Man muss dabei aber feststellen, dass es neben der zu abrupten Veränderung der wirtschaftlichen Basis und der sozialen Strukturen seit 1960 vor allem die steiler und steiler werdende Wachstumsquote der Bevölkerung ist, die Afrika in seiner Substanz besonders gefährdet. Raubbau an den natürlichen Ressourcen, Vermassung in Millionenstädten, prekär werdende Wasserversorgung sind letzten Endes Kinder von Ueberbevölkerungserscheinungen, Symptome des Krankheitszustands einer negativen Relation zwischen Bevölkerungszahl und Ernährungskraft der Wirtschaft, vor allem der Agrarwirtschaft.

Der steinige Weg in eine geordnete, moderne Zukunft der afrikanischen Völker muss deshalb unbedingt von der Einführung von Empfängnisverhütung und Geburtenkontrolle begleitet sein. Soweit meine Informationen gehen, sollen in städtischen Verhältnissen Afrikas die Frauen dieser Erkenntnis mehrheitlich offen gegenüberstehen. Es sind die Männer, die sich hier verschliessen, wohl aus überliefertem Sippendenken, welches die Manneskraft an der Kinderzahl misst. Wie immer dem sei, ein weiteres unkontrolliertes Ansteigen der afrikanischen Bevölkerungszahl wird Zustände herbeiführen, welche nicht mehr zu beherrschen sind.

Vor solchen Dimensionen mögen sich die schweizerischen Bemühungen um Afrika, wie sie die vorliegende Botschaft darstellt, materiell sehr klein ausnehmen. Trotzdem sind sie von grösster Bedeutung für den zu erhoffenden Gesundungsprozess Afrikas, knüpfen sie doch Kontakte, bauen sie doch Verständnisbrücken, mögen sie doch als Vortrab für grössere wirtschaftliche und politische Massnahmen dienen. Solche grösseren Massnahmen sind, wir wissen es, bitter nötig. Eine davon wäre z. B. die Aufhebung internationaler Sanktionen gegenüber Südafrika. Viele Staaten des südlichen Afrikas treiben seit langem eine zwielichtige, zweistöckige Politik mit Südafrika. In der Beletage wird kräftig geschimpft und angeklagt, im Sous-sol aber werden ebenso kräftig lebenswichtige wirtschaftliche Verbindungen geknüpft. Die schwarzafrikanische Krise kann nur mit Hilfe eines geordneten, seine eigene Krise überwindenden Südafrika gemeistert werden.

Unter den heute gegebenen Umständen befindet sich Südafrika auch auf einem solchen Weg aus seiner sozialen Disharmonie heraus. Noch ist seine Wirtschaft geordnet und in der Lage, grosse Aufgaben für Gesamtafrika lösen zu helfen. Sein aufbauendes Verhalten in Namibia, welches weit unterschätzt wird, hat das bewiesen. Es wäre ein bedauerlicher, für die weitere erfolgreiche Tätigkeit der humanitären Schweiz in Gesamtafrika eventuell auf lange Sicht vital schädlicher Irrtum, die positive Rolle, welche Südafrika im gesamten Schwarzafrika spielen kann und muss, nicht zu erkennen.

Ich habe mich bei meinem bewusst kurz gehaltenen Referat auf Afrika beschränkt, weil ich es aus langjähriger beruflicher Tätigkeit und aus persönlicher Anschauung ein wenig kenne, und weil ich der Auffassung bin, dass dieser Kontinent zukünftigen Leiden am stärksten ausgesetzt sein könnte.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die liberale Fraktion die Probleme der anderen Zielgebiete unserer Hilfs- und Entwicklungsorganisationen unterschätzt. Vielmehr ist sie der Auffassung, dass diese Zielgebiete sorgfältig ausgesucht und den zur Verfügung stehenden Mitteln entsprechend betreut werden sollen. Dabei begrüsst sie vor allem die gute Harmonie in der Zusammenarbeit mit der Privatindustrie und mit internationalen Hilfswerken. Sie hofft, dass die reaktionsschnelle Führung der Hilfs- und Entwicklungsgeschäfte einer ständig den gegebenen Umständen fortschrittlichen ortsüblichen Wand-

lung unterworfen bleibt und ihre Effizienz, ihr Freibleiben von unnötiger Bürokratie, letztlich ihren Idealismus beibehält.

Frau Bär: Angesichts der Grösse des Problems, das wir mit dieser Kreditvorlage ansprechen – um nicht zu sagen angesichts der *Trostlosigkeit* –, ist es gut, gleich am Anfang das Positive festzuhalten:

Die Botschaft des Bundesrates vermittelt eine umfassende und grundlegende Analyse der Situation, in der sich die grosse Mehrheit der Weltbevölkerung befindet. Sie vermittelt zum Glück auch eine kritische Aufarbeitung der Gründe, die zur heutigen Situation geführt haben. «Global denken, lokal handeln» war und ist einer der Grundsätze grüner Politik. Wir fühlen uns durch die Botschaft in diesem Grundsatz bestätigt. Im Frühling dieses Jahres, bei der Veröffentlichung der Botschaft, lief in den Medien, namentlich im Fernsehen, eine Informationskampagne unter dem Titel: «Eine Welt für alle!» Sie zeigte auf, dass wir zwar theoretisch die Welt in Blöcke und Stücke aufteilen können, dass wir aber – ob wir wollen oder nicht, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht – auf vielfältige Weise mit den Menschen und den Lebensgrundlagen der Dritten und Vierten Welt verbunden sind.

Dass wir mit ihnen verbunden sind, scheint klar zu sein. Fühlen wir uns aber auch mit diesen Menschen in der Dritten und Vierten Welt verbunden? Sprechen nicht die Tatsachen eine andere Sprache? Eine Welt für alle, ehrlicher Weise mit einem Fragezeichen versehen. Daran werden auch die 3,3 Milliarden Franken des neuen Rahmenkredites noch nicht viel ändern. Gesprochen werden müssen sie aber dringend, und die Schweiz muss sich endlich an den Durchschnitt der OECD-Entwicklungshilfe anpassen. Das ist für die grüne Fraktion selbstverständlich. Dieser Kredit ist ja zweifellos nur ein Tropfen auf einen immer heisser werdenden Stein.

Für die Lösung globaler Probleme wie Armut, Verschuldung, Umweltzerstörung und Hunger braucht es globale Strategien. Vor allem aber braucht es globale Solidarität. Uns geht es heute deshalb darum, dass wir die Vorlage zu einer selbstkritischen Ueberprüfung unserer eigenen Position, unserer eigenen Haltung und Handlungen zum Anlass nehmen.

Letzte Woche haben die ärmsten der armen Länder an einem Kongress in Paris an die Hilfe und Solidarität der Industriestaaten, darunter auch an die Schweiz, appelliert. 41 Nationen sind es, deren Bevölkerung unter der von der Uno festgelegten Grenze der absoluten Armut lebt. Vor zehn Jahren waren es noch 31 Länder. Das sind mehr als eine Milliarde Menschen, die an Hunger, Obdachlosigkeit und Krankheit leiden. Während für die Industriestaaten das letzte Jahrzehnt ein Jahrzehnt des Wachstums und der Reichtumsvermehrung war, haben die meisten Entwicklungsländer in ihrer Entwicklung einen Rückschlag erlitten. In Lateinamerika spricht man deshalb vom «verlorenen Jahrzehnt».

Die Vertreter der 41 Länder mussten ohne feste Hilfszusagen aus Paris abreisen. Dies kann nur als Skandal bezeichnet werden. Bei dieser Haltung der Industriestaaten ist der Spruch eines Karikaturisten schon fast zutreffend, der schrieb: «Wir würden gerne mehr Hilfe für die Hungernden geben, wenn wir für unsere Ueberschussvernichtung nicht so viel ausgeben müssten.»

Die Glaubwürdigkeit der Industriestaaten, wirkliche Solidarität und Partnerschaft zu üben mit den Menschen der Dritten und Vierten Welt, fehlt immer noch. Statt dessen verlangen wir von diesen Ländern eine einseitige Anpassung an eine Weltwirtschaftsordnung, die starke Partner von vornherein begünstigt. Wir Grünen sind deshalb froh über die Feststellung des Bundesrates auf Seite 41 der Botschaft: «Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die wirtschaftlichen Beziehungen unter den Ländern haben einen weit gewichtigeren Einfluss auf die Lage der Entwicklungsländer, als die eigentliche Entwicklungszusammenarbeit.»

Für die grüne Fraktion kann das langfristige Ziel, gerade gestützt auf die Aussagen in der Botschaft, nur heissen: Eine andere, eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung, eine Wirtschaftsordnung, die das Missverhältnis, die Ungerechtigkeit beseitigt, dass die Drittweltländer ihre Ware billig verkaufen und die Produkte aus den Industriestaaten teuer kaufen müs-

sen. Seit Jahren, durch den Zerfall der Rohstoffpreise, müssen sie eine immer grössere Anzahl von Einheiten produzieren, um eine gleichbleibende Anzahl von Einheiten aus dem Ausland kaufen zu können. Welthandel und Welthunger sind siamesische Zwillinge. Verständlich, dass die Dritte Welt von einem Wirtschaftskrieg spricht.

Unsere Forderung an den Bundesrat lautet deshalb: Die Schweiz soll sich in allen zuständigen Gremien für weltwirtschaftliche Spielregeln einsetzen, welche auch schwächeren Teilnehmern überhaupt eine Chance geben.

Entwicklungszusammenarbeit, die diesen Namen auch verdient, ist zweifellos schwieriger als die klassische Entwicklungshilfe, und sie ist unter den heutigen Umständen noch schwieriger geworden. Kohärente Entwicklungspolitik verlangt neue Formen von Solidarität, z. B. Anpassungsprozesse im eigenen Land. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das wenig ruhmvolle Beispiel des Zuckerimportes aus Entwicklungsländern. Nicht einmal für so winzige, schmerzlose Schrittschritte können wir unseren Egoismus überwinden.

Verheerend wirkt sich der Egoismus der Industriestaaten im grossen Stile aus. Vier Fünftel der Reichtümer dieser Erde verbrauchen die Industriestaaten, 83 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs z. B. gehen auf unsere Kappe. Von der heutigen Weltbevölkerung leben aber nur gerade 26 Prozent in den Industriestaaten. Wie lange noch wollen wir – dürfen tun wir schon lange nicht mehr – unseren materiellen Reichtum vergrössern, obwohl wir wissen, dass diese Entwicklung zum grössten Teil auf Kosten der Menschen in der Dritten Welt geht, aber auch auf Kosten ihrer Ressourcen und auf Kosten des ökologischen Gleichgewichts weltweit?

«Sollte die Politik des Südens sich in Bahnen vollziehen, die seinerzeit der Norden einschlug, so wäre damit die Tragfähigkeit des Oekosystems der Erde überfordert.» Mit diesem Satz habe ich Bär zitiert, aber die Bank Bär aus dem Wochenbulletin vom 6. Juni 1989.

Unser Drang nach weiterer Güterakkumulation geht zu Lasten der grossen Mehrheit der Bevölkerung dieser Welt. Ihnen versperren wir mit unserem Wirtschaften jeden Tag mehr den Weg zu einem menschenwürdigen Lebensstandard.

Obwohl das Problem der Verschuldung und des Schuldenerlasses eines der nächsten Traktanden ist, können wir die Frage bei diesem Geschäft nicht ausklammern. Das macht auch die bundesrätliche Botschaft deutlich.

Die Verschuldungskrise und der Zwang zur Schuldentilgung sind eine der Hauptursachen der Zunahme von Armut und Elend. In vielen Ländern führen sie zu sozialen und innenpolitischen Spannungen. Heute belaufen sich die Auslandsschulden der Entwicklungsländer auf 1,3 Billionen US-Dollar. Eine Billion ist eine Eins mit zwölf Nullen. Noch nie haben so viele so wenigen so viel geschuldet wie heute.

Schlüsselverantwortung dafür tragen die Weltbank und der IWF, die in den siebziger Jahren eine aggressive Kreditpolitik betrieben haben. Mit der Devise «Kaufe heute, zahle morgen» haben sie den Regierungen der Entwicklungsländer grosszügig Kredite gewährt. Die Schweiz als drittgrösster Finanzplatz der Welt hat auch hier eine Verantwortung. Unsere Grossbanken sind in den Ausschüssen für sämtliche wichtige Umschuldungen vertreten, somit müssen sie auch hier handeln.

Verantwortung wahrzunehmen gilt es auch beim Entgegennehmen von Fluchtgeldern. Jedes Jahr fliessen immer noch weit mehr Fluchtgelder auf Schweizer Konten, als unser Land insgesamt Entwicklungshilfe leistet.

Als Folge der erwähnten Kreditpolitik der Weltbank und des IWF sind heute über sechzig Staaten dem sogenannten Strukturadaptationsprogramm des IWF unterworfen. Dies bedeutet ein rigoroses Sparprogramm mit katastrophalen Folgen für die breite Bevölkerung.

Fragen wir, wer die Kosten dieser Anpassungsprogramme zahlt, so lautet die Antwort: vorwiegend die Frauen und die Kinder. In diesen harten Zeiten tragen die Schwächsten nochmals eine zusätzliche Last. In zahlreichen Ländern hat die Kindersterblichkeit seit dem IWF-Programm zugenommen. Unicef schreibt dazu: «In den letzten zwölf Monaten sind eine halbe Million Kinder zusätzlich gestorben als Folge der Massnahmen zur Tilgung der Schulden.»

Die Aermsten der Armen dieser Welt – daran muss wieder einmal mit aller Deutlichkeit erinnert werden – sind die Frauen. Sie leisten zwei Drittel aller Arbeitsstunden, verdienen einen Zehntel aller Löhne und besitzen einen Hundertstel vom Vermögen. Zwei von drei des Lesens und Schreibens unkundigen Personen sind Frauen. Afrikanische Frauen arbeiten durchschnittlich doppelt so lange wie die Männer. 60 bis 80 Prozent aller landwirtschaftlichen Arbeiten werden auf diesem Kontinent von Frauen geleistet.

An diesen Zahlen müssen sich auch die Verantwortlichen der schweizerischen Entwicklungspolitik orientieren. Wer im Rahmen seiner Entwicklungspolitik und beim Erarbeiten seiner Programme, seien dies staatliche oder private, der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung Priorität einräumt, muss den Kampf gegen die Benachteiligung der Frauen aufnehmen.

Angesichts der Tatsache, dass als Folge der wirtschaftlichen Not die Kinderarbeit unter menschenunwürdigen Bedingungen zunimmt, angesichts der Tatsache, dass die Kinderprostitution zunimmt, dass durch Sextourismus in Entwicklungsländern und durch Handel mit Dritt-Welt-Frauen die schändlichste Form von Kolonialismus und Ausbeutung aufgekommen ist, müssten wir in Zukunft dem Thema «Frau und Entwicklung» grösste Priorität einräumen.

Der Rahmenkredit, der heute gesprochen wird, soll für vier Jahre reichen. Diese vier Jahre müssen wir nutzen für ein grundlegendes Ueberdenken der Rolle unseres Landes in der Nord-Süd-Beziehung. Als eines der reichsten Länder der Welt, mit starker handels- und finanzpolitischer Stellung im Kreise der Industriestaaten, brauchen wir ein Leitbild für unsere zukünftige Rolle im Nord-Süd-Konflikt. EG-Wachstumseuphorie und der Blick auf neue Absatz- und Investitionsmärkte in Osteuropa dürfen uns davon nicht abhalten. Oder, um nochmals die Unicef zu zitieren: «Wenn alles beim alten bleibt, sich die Weltgemeinschaft keine neuen Ziele gibt, sich zu keinen Veränderungen des Zusammenlebens aufrafft, dann werden in den neunziger Jahren mehr als hundert Millionen Kinder an Unterernährung und vermeidbaren Krankheiten sterben, und die Welt wird kaum davon Notiz nehmen.» Mitzuhelfen, dies zu verhindern, ist unsere Aufgabe.

Mühlemann: Der Bundesrat will den Rahmenkredit für Entwicklungszusammenarbeit für die Periode der nächsten vier Jahre von 2,1 Milliarden Franken auf 3,3 Milliarden Franken aufstocken. Die freisinnig-demokratische Fraktion steht diesem Ansinnen positiv gegenüber und unterstützt den Bundesrat in seinen Bestrebungen, unsere Aussenpolitik im Bereiche der Solidarität zu verstärken. Es besteht kein Zweifel, dass dieses Thema äusserst komplex und schwierig ist und dass es die Zusammenarbeit aller politischen Parteien braucht. Diese Arbeit muss frei sein von ideologischen Zwischentönen. Wir haben hier eine sehr schwierige und komplexe Aufgabe zu lösen, die wir nicht durch Nebengeräusche belasten dürfen.

Wir haben in der Kommission sehr eingehend über diese Frage diskutiert und haben auch umfangreiches Dokumentationsmaterial erhalten – ich erinnere an den sehr wertvollen «Bericht der Weisen» unter Führung von Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, an den ausgezeichneten Expertenbericht, der unter Führung von Ex-Nationalbankpräsident Languetin erstellt worden ist. Vor allem beachtlich sind aber auch die Ausführungen des ehemaligen Auslandkoordinators der Helvetas, Herrn Andreas Schild, dessen Bemerkungen und Erfahrungen für mich persönlich eigentlich wegleitend sind, auch für die zukünftige Arbeit.

Die Entlassung vieler Entwicklungsländer aus dem Kolonialzustand ist nicht reibungslos über die Bühne gegangen, im Gegenteil: Die Entwicklung ist sehr viel schwieriger, als wir annehmen, das Nord-Süd-Gefälle ist nicht kleiner, sondern grösser geworden. Dadurch, dass wir im Ost-West-Konflikt ein ähnliches Gefälle erleben, sind die Aufgaben vielfältiger geworden. Das West-Ost-Gefälle kommt als ergänzende Aufgabe neu hinzu, steht in dieser Debatte also nicht zur Sprache.

Man hat hin und her diskutiert und Rezepte erwochen. Ich glaube, dass der amerikanische Finanzminister Brady wahrscheinlich am klarsten und am prägnantesten die Vorgehens-

weise formuliert hat. Es geht in all diesen Entwicklungsländern darum, vorerst eine tragfähige politische Struktur heranzubilden, die demokratischen Zuschnitt haben muss, und zwar in Form einer Demokratie, die nicht parallel zu den formellen Strukturen irgendwelche parasitäre Schattenorganisationen entwickelt, mit Funktionären, die Entwicklungshilfegelder in die eigene Tasche abzweigen, anstatt sie an das Volk weiterzugeben. Das ist übrigens ein Hauptvorwurf, den Herr Schild an die bisherige Tätigkeit macht.

Es geht in einem zweiten Schritt darum, die Binnenwirtschaft der betreffenden Staaten aufzubauen, so dass Hilfe zur Selbsthilfe möglich wird. Eine sehr schwierige Operation in Staaten, wo der Sinn für Unternehmertum, für freie Marktwirtschaft, keineswegs entwickelt ist und wo es darum geht, schrittweise vom Dirigismus wegzukommen zu einer freien Entfaltung vor allem der kleinen, gewerbetreibenden Schichten.

Es geht in einem dritten Schritt darum, in sehr sorgfältiger Weise Sekundärhilfe von aussen an diese Staaten heranzutragen. Diese Hilfe darf nicht reine, direkte Almosenhilfe in Form von finanziellen Beiträgen sein, sondern muss projektgebunden Schritt für Schritt entwickelt und kontrolliert werden. Dieses Dreischrittverfahren ist wahrscheinlich das einzige, das langfristig überhaupt zu Erfolgen führen kann.

In diesem Zusammenhang gilt es auch, eine ähnliche Entwicklung in Osteuropa zu studieren. Täuschen Sie sich nicht: Wir haben in Osteuropa ganz ähnliche Entwicklungsländer. Rumänien unterscheidet sich grundsätzlich nicht von ärmsten Ländern in Südamerika und in Afrika, auch wenn jedes Land für sich eine eigene Struktur und eine besondere Individualität hat.

Was die Schweiz anbetrifft, darf festgestellt werden, dass uns ein glaubwürdiges Konzept, gepaart mit vielen Erfahrungen vorgelegt wurde, dem wir nur zustimmen konnten. Herr Botschafter Fritz Staehelin, Direktor für Entwicklungszusammenarbeit, hat hier ein langjähriges Werk aufgebaut, sehr sorgfältig in Kontrolle gehalten und führt es auch kontinuierlich weiter. Er hat kürzlich wieder an seiner Jahreskonferenz eine klare Inventarlegung gemacht. Ich darf mit Freude feststellen, dass diese Tagung in konstruktivem Geist nach vorne orientiert war.

Es darf aber nicht vergessen werden, dass unser Land nicht in der Lage ist, im Giesskannenprinzip dem ganzen Globus zu dienen. Wir können nur auswählen, Prioritäten setzen, Schlüsselländer suchen, in denen wir tatsächlich die Projekte profund durchziehen. Diese Auswahl ist mitunter schmerzlich und führt dazu, dass wir nicht alle Länder berücksichtigen können. Hier müssen nicht nur wir in diesem Saal, sondern auch alle Entwicklungshelfer umdenken und in Betracht ziehen, dass es neue Themen gibt, unter anderem die Bekämpfung der Armut in den Herkunftsländern unserer Asylanten. Das ist ein Problem und bleibt ein Problem.

Ich darf mit Freude feststellen, dass Herr Botschafter Fritz Staehelin sich jetzt diesem Thema zugewandt hat. Es ging etwas lange, Herr Botschafter, aber Sie kamen noch, und ich freue mich, dass Sie jetzt bereit sind, auch in diesen Bereich einzusteigen.

Wir haben noch einen anderen Botschafter Staehelin, mit einem seltsamen Vornamen, der sich mit der Osteuropahilfe beschäftigt. Dieses Projekt steht jetzt nicht zur Diskussion. Aber wir haben bereits Vorlagen gesehen, und wir sind erfreut, wie das Problem angegangen wird. Ich hoffe, Herr Bundesrat, dass die Koordination in Ihrem Departement gelingt. Es braucht hier Erfahrungsaustausch zwischen den beiden Herren Staehelin, wenn auch die Kompetenzen in der Ausführung klar unterschieden werden. In der Thematik aber gehört letztlich alles in diesen schwierigen Entwicklungshilfeprozess, den wir alle von aussen unterstützen möchten.

Herr Bundesrat, wir stehen Ihnen in dieser schwierigen Aufgabe bei, und wir sind auch überzeugt, dass Sie das richtig lösen werden. Wir glauben, dass Phantasie am Platz ist, auch bei uns. Deshalb bitte ich Sie, den Zusatzantrag meines Fraktionskollegen Spälti zu unterstützen, der in sinnvoller Weise darauf hinweist, dass es auch in der heiklen Drogenfrage darum geht, den Drogenanbau zu substituieren. In dieser Beziehung ist noch ein weites Feld für neue, sinnvolle, aber prak-

tisch orientierte Massnahmen offen, die letztlich diesen Aermsten aller Armen helfen müssen.

Wir danken Ihnen, Herr Bundesrat, für die sorgfältige Vorarbeit und stimmen dem neuen, erhöhten Rahmenkredit zu.

Frau Grendelmeier: Herr Mühlemann, es sind nicht ideologische Zwischentöne, die allenfalls die Entwicklungszusammenarbeit behindern. Möglicherweise aber ist es der Irrtum der Ersten Welt, und ganz besonders der Schweiz, zu glauben, dass man Entwicklungshilfe – um den alten Ausdruck zu gebrauchen – vor allem als Hilfe für die Wirtschaft der Ersten Welt oder der Schweiz missverstehen könnte.

Somit kann ich auch mitteilen, dass die LdU/EVP-Fraktion diesem Bundesbeschluss einstimmig zustimmt. Wenn auch, ich gebe es zu, ohne besondere Begeisterung, vor allem aber ohne jeglichen Stolz. Wir betrachten diese Finanzhilfe von jährlich 850 Millionen als das absolute Minimum, welches das reichste Land der Welt (seit 2. August dieses Jahres wissen wir, dass wir nun das reichste Land der Welt sind) zur Linderung der Not in der Dritten und Vierten Welt beisteuern muss.

Nur zum Vergleich: Wir geben jährlich über eine Milliarde, das heisst über tausend Millionen, Franken aus für ein einziges Nahrungsmittel. Und bei Gott lebt die Schweiz nicht von der Milch allein Die Summe von 825 Millionen Franken pro Jahr hingegen muss reichen, um eine Vielzahl von Projekten in über 40 Ländern zu finanzieren. Ich möchte bei dieser Gelegenheit dem Bundesrat in aller Form danken für die exakte Botschaft, die er uns mit seinem Mitarbeiterstab vorgelegt hat. Und ich möchte vor allem für die schonungslose Offenheit danken, für den Klartext, der vor allem auf Seite 41 zum Ausdruck kommt, wo es um den Kontakt oder um die Beziehungen der Schweiz zur Dritten Welt geht. Ich möchte auch nicht wiederholen, was schon gesagt worden ist, vor allem von Frau Kollegin Bär. Ich möchte mich beschränken auf zwei Punkte: die Projekte und wie sie realisiert werden, und das Problem der Migration.

Zum ersten Punkt: Es werden immer wieder einmal Zweifel geäussert – vorhin von Herrn Mühlemann – an der Effizienz, an der Qualität, am Erfolg dieser Projekte. Sie werden überprüft auf ihre Tauglichkeit. Und den Helfern wird immer wieder vorgeworfen, dass sie zu viele Fehler begehen und damit zu den Misserfolgen beitragen, die wir hinterher berappen müssen.

Ich möchte an dieser Stelle einmal für das Recht plädieren, Fehler zu machen, Fehler machen zu dürfen, ja sogar Fehler machen zu müssen. In der sogenannten Entwicklungshilfe gibt es keine gesicherten Modelle, die wir einfach übertragen können, von einem Land aufs andere, sondern man muss sie jedesmal neu erfinden, mit viel Fantasie neu entwickeln. Somit ist jedes Projekt gewissermassen Massarbeit vor Ort. Es sind Unikate. Und allfällige Fehler können unter Umständen erst nach Jahren sichtbar werden, weil jedes Projekt eine gewisse Zeit braucht, bis es überhaupt auf seine Tauglichkeit hin geprüft werden kann. Es braucht also eine ständige Anpassung an veränderte Situationen. Wenn sich überhaupt ein taugliches und übertragbares Modell entwickeln lässt, so eben aufgrund der begangenen Fehler.

Herr Bundi hat vom «verlorenen Jahrzehnt» gesprochen. Ich glaube nicht, dass es ein verlorenes Jahrzehnt ist. Es ist notwendig, dieses Jahrzehnt sozusagen als Lehrstelle zu benutzen, damit man aufgrund der gemachten Fehler diese später vermeiden kann und allenfalls taugliche Modelle, die für mehrere Situationen anwendbar sind, überhaupt entwickeln kann. Und ich möchte eindringlich davor warnen, die Leute, die an der Front arbeiten – sie haben keine einfache Arbeit –, mit solchen Bemerkungen und solchen Hinweisen auf Misserfolge zu entmutigen. Das ist das letzte, was sie brauchen können, und es ist das letzte, was schliesslich den Menschen, denen wir helfen möchten, auch wirklich hilft. Denn nur wer gar nichts macht, macht keine Fehler. Aber das ist ja wohl keine Alternative, das wäre ein Fehler, und zwar ein unverzeihlicher, und einer, der uns teuer zu stehen käme.

Was die Projekte anbelangt, möchte ich vielleicht noch einen kleinen Ratschlag an die Verantwortlichen weitergeben; wir haben in der Kommission eingehend darüber geredet. Vielleicht müsste man sich überlegen, ob man sich nicht vermehrt

an die Frauen in der Dritten Welt wenden müsste. Sie sind die Kulturträgerinnen, sie sind die Leute, die die Familien zusammenhalten und allenfalls davor bewahren, auswandern zu müssen, fliehen zu müssen.

Vielleicht müssten wir uns davor hüten, ein allzu technisches Verständnis der Hilfe aus unserem Abendland auf jene Länder übertragen zu wollen. Jene Hilfsprojekte werden vorwiegend von Männern für die männliche Arbeitswelt entwickelt. Ich glaube, wir wären gut beraten, wenn wir uns einmal überlegen – Frau Bär hat es gesagt –, wer denn eigentlich die Hauptarbeit in diesen Ländern leistet: es sind die Frauen. Meines Erachtens müssten wir uns vermehrt an diese Gruppe – die immerhin die Mehrheit der Menschheit ist – wenden.

Damit habe ich das Problem der Migration angeschnitten, und ich möchte auf die Schweiz zu sprechen kommen. In unserem Land, Sie wissen es, gibt es immer mehr Menschen, die eine Flüchtlingswelle befürchten, die unser Land überschwappen wird, die unser Land zerstören wird. Offenbar beängstigt es, dass es Menschen aus andern Kulturen sind, Menschen, die andern Rassen angehören, Menschen, die andern Religionen angehören. Das stimmt, und das mag auch verunsichern. Was jedoch nicht angeht, ist, dass wir an der unseligen Unterscheidung zwischen sogenannten echten und sogenannten unechten Flüchtlingen festhalten.

Meine Damen und Herren, kein Mensch ist freiwillig auf der Flucht. Die Gründe für eine Flucht sind vielfältig, sie sind in dieser Botschaft hervorragend aufgeführt. Es sind nicht nur Kriege, sondern auch innere Unruhen in einem Land, Bürgerkriege, vor allem aber das Elend, die Not und der nackte Hunger, die die Menschen veranlassen, unter unendlichen Mühen und Problemen aus ihren angestammten Lebensräumen wegzuziehen.

Dieses Wegziehen ist nicht neu. Es hat zu allen Zeiten Menschen gegeben, die auf der Flucht waren, auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen. Das ist menschlich. Wirtschaftsfucht ist menschlich. Es gehört dazu, dass der Mensch versucht, so gut, wie es nur geht, zu leben – und wenn es nur darum geht, dem Hunger zu entkommen. Das gilt übrigens auch für die Schweiz und die Schweizer. Vergessen wir bitte nicht – es wurde in diesem Saal schon mehrfach gesagt –: Die Schweizer waren noch im letzten Jahrhundert zu grossen Teilen Wirtschaftsfüchtlinge, die unser Land verlassen mussten, weil es nicht reichte, weil es kein Brot mehr gab. Das vergessen wir heute. Wir waren ein Auswandererland und kein Einwandererland. Es wäre vielleicht ein simpler Akt der Dankbarkeit, wenn wir uns ab und zu daran erinnern. Nur Menschen, die satt sind, bleiben in ihren Grenzen, bleiben in ihrem Land und können sich den Luxus eines Heimatgefühls erlauben, können eine kulturelle Identität aufbauen.

Wenn nun aber in unserem Land weite Kreise diese schweizerische Identität bewahren bzw. unsere Grenzen schützen möchten, dann sind diese Kreise heute aufgerufen, dafür zu sorgen, dass die Menschen in der Dritten und Vierten Welt dasselbe tun können: in ihren angestammten Ländern, wo sie leben, auch zu bleiben.

Und dazu müssen wir diesen Beschluss unterstützen, aber gleichzeitig wissen, dass diese Summe nur der berühmte Tropfen auf den heissen Stein oder den heissen, ausgedörrten Boden bedeuten kann, dass wir ein Mehrfaches – ein Mehrfaches – aufwenden und leisten müssen, um die Migration zu vermindern. Stoppen können wir sie vermutlich nicht mehr. Wir müssen auch wissen, dass es sich dabei nicht um einen Akt der tiefenden Barmherzigkeit oder des Edelmutts des Hochherzigen handelt, sondern dass es aus schierer Pflicht und Schuldigkeit zu geschehen hat.

Begrüssung – Bienvenue

Le président: J'aimerais saluer à la tribune des diplomates une délégation du Parlement australien. Elle est composée de deux sénateurs et de trois représentants. Cette délégation vi-

site un certain nombre de pays en Europe et elle a tenu à s'arrêter à Berne. Nous en sommes très heureux et nous souhaitons à nos collègues australiens un très bon séjour en Suisse et des débats fructueux. (*Applaudissements*)

Euler: Die sozialdemokratische Fraktion stimmt dem Bundesbeschluss für einen vierjährigen Rahmenkredit von 3,3 Milliarden Franken zu. Ich gestatte mir aber einige Bemerkungen zu dieser Botschaft, positive wie auch etwas kritische, anzubringen.

Positiv anzumerken ist die offene und ganzheitliche Betrachtungsweise der Entwicklungshilfe-problematik, wie sie in der bundesrätlichen Botschaft zum Ausdruck kommt. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten hat denn auch diese Tatsache gelobt, und die sozialdemokratische Fraktion schliesst sich ihr an.

Der gute Wille zur effizienteren Entwicklungshilfe der Schweiz lässt sich aber mit der politisch-wirtschaftlichen Wirklichkeit nicht immer in Einklang bringen. In der Botschaft wird der Schaffung günstiger weltwirtschaftlicher Bedingungen das Wort geredet, für die die Industrieländer zur Hauptsache die Verantwortung zu tragen haben. Nun, tragen die Industrieländer, trägt die Schweiz diese Verantwortung auch wirklich? Ich wage das zu bezweifeln.

In der Botschaft wird auch von der Förderung des Transfers von geeigneter Technologie aus Industrieländern in die Entwicklungsländer gesprochen. Es wird gesagt, die Schweiz sei unter den Industrieländern einer der grössten Lieferanten von Technologie in die Entwicklungsländer und profitiere auch entsprechend davon. Zunehmend wird aber auf diesem Gebiet die Frage der Patentschutzauswirkung zum Problem, vor allem als Barriere des Transfers für die Entwicklungsländer.

Als Hauptproblem bleibt aber die schwerste Verschuldung der Dritten Welt. In der Botschaft wird richtig gesagt, dass in erster Linie den Regierungen der Industrieländer – also auch der Schweiz – bei der Lösung des Verschuldungsproblems eine wichtige Rolle zukommt. Man muss sich fragen: Kommen die Industrieländer, kommt die Schweiz dieser wichtigen Rolle wirklich nach? Die Verschuldung der Dritten Welt beträgt über 1000 Milliarden Dollar. Seit Anfang der siebziger Jahre war eine deutliche Privatisierung der Kapitalbeziehungen zu den Entwicklungsländern zu verzeichnen. Der Anteil der privaten Kredite an den Schulden der Entwicklungsländer stieg von einem Fünftel auf fast die Hälfte an. Mit dem Ausbruch der offenen Schuldenkrise sackte der Anteil der privaten Kapitalflüsse wieder auf das Niveau von 1960 und der folgenden Jahre zurück. Die augenfälligste Auswirkung der Schuldenkrise zeigt sich in der Umkehr der traditionellen Kapitalflüsse. Seit 1984 zahlt die Dritte Welt den Industrieländern mehr an Schuldendienst zurück, als sie an neuen Krediten erhält.

An der Verschuldung der Dritten Welt ist der Finanzplatz Schweiz mitverantwortlich. Auch Schweizer Banken gewähren grosszügige Kredite für Zwecke, die der wirtschaftlichen Entwicklung in der Dritten Welt mehr schaden als nützen. Für die Verwendung der Kredite an Entwicklungsländer galt bisher die folgende Faustregel: Ein Drittel der Kredite wurde für investive Zwecke verwendet. Er floss aber zu einem grossen Teil in Mammut- und Prestige-Objekte. Ein zweites Drittel der privaten Investitionen und Kredite verpuffte für konsumptive Zwecke, vor allem wenn die Kredite für die Luxusgüter der Elite verbraucht wurden. Das letzte Drittel schliesslich der Kapitalhingaben privater Art floss in der Regel als Fluchtkapital wieder aus dem Land, in das es gegeben worden war. Dass erhebliche Mengen dieser Fluchtgelder den Weg in die Schweiz fanden, ist längst bekannt. Der Finanzplatz Schweiz ist auch auf diese traurige Weise mit der Dritten Welt eng und verhängnisvoll verknüpft. Ich frage Sie: Was ist der Beitrag der Schweiz gegen die Kapitalflucht aus der Dritten Welt?

Im Rahmen der gigantischen Verschuldung der Entwicklungsländer ist auch der zur Debatte stehende Rahmenkredit von 3,3 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre zu würdigen. 3,3 Milliarden Franken scheinen auf den ersten Blick grosszügig und gegenüber der letzten Dreijahresstranche so-

gar um 18 Prozent pro Jahr höher. Leider löst sich diese Erhöhung bei näherer Prüfung praktisch in nichts auf, so dass nicht einmal die anvisierte Limite der OECD-Länder von 0,35 Prozent des Brutto-sozialproduktes erreicht wird. Die Schweiz bleibt nominell weiterhin auf dem Satz von 0,30 Prozent hängen – für ein reiches Land zu wenig.

Trotzdem ist der anbegehrte Rahmenkredit unbedingt zu bewilligen. Der Nord-Süd-Konflikt muss entschärft werden, und die Schweiz hat dazu noch einiges mehr beizutragen. Die sozialdemokratische Fraktion begrüsst deshalb das Postulat des Ständerates vom 21. Juni dieses Jahres, den Bundesrat zu beauftragen, ein Leitbild zur Nord-Süd-Beziehung zu erarbeiten, um zu einer besseren Entwicklungspolitik zu gelangen.

Zum Schluss möchte ich einige Worte unseres ehemaligen Ratskollegen Walter Renschler zitieren, der für unsere Fraktion vor drei Jahren zum vorangegangenen Entwicklungsrahmenkredit sprach. Seine damaligen Worte sind auch heute sehr bedenkenswert. Ich darf zitieren: «Zum Schluss weise ich mit allem Nachdruck darauf hin, dass die Entwicklungszusammenarbeit, die mit dem neuen Rahmenkredit weitergeführt werden soll, nur ein Instrument darstellt, um die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Dritten Welt zu verbessern.

Die Wirksamkeit dieses Instrumentes bleibt beschränkt, solange es keine Weltwirtschaftsordnung gibt, die kategorisch auf den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern ausgerichtet ist. Zu einer solchen Weltwirtschaftsordnung gehören höhere Preise für die Rohstoffe der Dritten Welt, Abbau von Handelsschranken, Schuldenerlass, Verhinderung der Kapitalflucht sowie konsequente Beschränkung der Investitionen und Kredite auf entwicklungspolitisch relevante Projekte. Statt die Dritte Welt als Eldorado der Profitwirtschaft auszunutzen, müssen die Entwicklungsländer zum Prüfstein weltweiter sozialer Verantwortung werden. Nur so besteht eine echte Chance, Not und Elend auf der Welt abzubauen.»

Dietrich: Vorerst möchte ich festhalten – und ich bitte Sie, dies zu bemerken –, dass die Journalistentribüne rechts während einer ganzen Stunde nicht besetzt war. Auf dieser Seite hat es kein Journalist für nötig befunden, bei diesem doch wesentlichen Geschäft im Saal vorhanden zu sein. Vielleicht wird dann wieder einmal berichtet, dass wir nicht hier waren. Je remercie les journalistes romands qui portent beaucoup d'intérêt à ce sujet et qui sont présents aujourd'hui. Merci!

Die Botschaft, die uns der Bundesrat vorbereitet und am 21. Februar unterbreitet hat, ist auch in der christlichdemokratischen Fraktion als ausgezeichnet gewürdigt worden. Wir stimmen den Anträgen zu.

Die Botschaft zeugt nicht nur vom beeindruckenden Ausmass der Vielfalt der Arbeit, die geleistet wird, sie zeugt auch vom Willen, die Projekte, die angegangen werden, auf ihren Erfolg zu prüfen, Misserfolge nachzugehen, Ursachen festzustellen und allfällige Fehler nicht ein zweites Mal zu begehen. Aber die Botschaft zeugt – und das ist für mich das Wesentlichste – von der Identifikation mit der Aufgabe; sie ist spürbar aus diesem sehr wertvollen Bericht – Identifikation vom Bundesrat über die Direktion bis zu allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Felde.

Ich bitte Sie, diese Botschaft, dieses Buch nach Verabschiedung des Geschäftes nicht wegzuworfen, sondern aufzubewahren, denn sie enthält eine Fülle von Angaben, die wir gebrauchen können, vor allem in Diskussionen mit Mitbürgern, denn wir stellen fest, dass in Kreisen der Bevölkerung die Entwicklungshilfe, wie sie genannt wird, zum Teil immer noch suspekt ist. Hier haben Sie Fakten, hier können Sie Auskunft geben. Ich danke dem Bundesrat und der DEH für diese grosse Arbeit.

Gestatten Sie mir einige Anmerkungen, die eher in die Zukunft gehen, nicht Stellung nehmen oder wiederholen, was im wesentlichen gesagt wurde. Wir haben mit Anteilnahme, aber auch mit einer gewissen Hilflosigkeit die Unctad-Konferenz in Paris verfolgt. 400 Millionen Menschen, die unter dem absoluten Minimum leben, 400 Millionen Menschen, die nicht genug zu essen haben, 400 Millionen Menschen, die den niedrigsten

Bildungsstand der Welt aufweisen. Ich glaube, dass darin auch eine der wesentlichen Ursachen der Bevölkerungsexplosion liegt. Wenn es uns gelingt, den Menschen wenigstens etwas zu geben, das sie teilen können, wenn es uns gelingt, den Bildungsstand zu heben, wird auch die Bereitschaft zu einer effizienten Familienplanung auf freiwilliger Basis höher sein, denn wenn Menschen nichts durch viele Menschen teilen, dann bleibt nichts. Wenn aber etwas vorhanden ist, das man teilen kann, wird man rasch einmal feststellen, dass es besser ist, wenn vier oder fünf etwas haben als zehn nichts. Es beschäftigt uns auch die Entwicklung im Osten. Wir haben nicht nur das noch verschärfte Nord-Süd-Gefälle, sondern neu auch das West-Ost-Gefälle. Die Sowjetunion hat angekündigt, dass sie die Entwicklungs- und Finanzhilfe an dritte Staaten, d. h. auch an die Dritt- und Viertweltländer, einstellen will. Man hat Demonstrationen gesehen in russischen Städten, wo auf Transparenten stand: Lasst uns zu Afrika aufschliessen, lasst uns Afrika einholen! Das sind Symptome, die zeigen, dass die Verarmung auch in Ländern des Ostens zunimmt. Die Flüchtlingsströme, die Migrationsbewegungen, wie sie vor allem auch Herr Burckhardt geschildert hat, bewegen uns; wir sind uns bewusst, dass unser Beitrag in Zukunft noch steigen muss.

Wenn wir die Menschenrechte geniessen und wünschen, dass alle Menschen diese Rechte geniessen, so gibt es daneben eben auch Menschenpflichten. Ich denke, diese Menschenpflichten werden von uns in Zukunft noch mehr fordern. Es scheint mir sehr wichtig zu sein, dass die DEH im Zusammenhang mit allen Anstrengungen die personellen Probleme lösen kann, denn Geist ist in dieser Tätigkeit mindestens so wichtig wie Geld. Wir haben bis heute den Beweis erhalten, dass die Zusammenarbeit der staatlichen Organisationen mit den sehr effizienten schweizerischen Hilfswerken eine gute Lösung ist.

Ich hoffe, dass mit der Anstellung nach privatrechtlichem Statut, die vielversprechend tönt, gute Erfahrungen gemacht werden.

Ich denke aber auch an die Rolle der Fünften Schweiz – an die Auslandschweizer –, die an Ort und Stelle sehr Wesentliches, nicht nur an Informationen, sondern an tatkräftiger Arbeit, leistet und bin der Meinung, dass wir die Organisation der Auslandschweizer auch entsprechend stärken müssen, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden kann.

Zum Schluss noch eine Anregung, die sowohl an die Büros beider Räte geht, aber auch an den Bundesrat, an uns alle. Wir beschäftigen uns während verschiedener Monate in verschiedenen Räten, in verschiedenen Sessions, in verschiedenen Kommissionen mit Geschäften, die in engem Zusammenhang stehen. Rahmenkredit für die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen, Entlastung der Exportrisikogarantie, technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe, Hilfe an die Ausländer, Entschuldungspetition, IWF usw. All diese Geschäfte stehen in einem Zusammenhang. In der Wirtschaft spricht man heute von vernetztem Denken. Wenn wir mehr vernetzt denken würden, könnte man beispielsweise diese Problematik, diese Zusammenhänge, in einem zweitägigen Seminar mit Einsatz moderner Hilfsmittel beiden Räten gemeinsam darlegen und würde so die Zusammenhänge aufzeigen. Ich bin überzeugt, wir würden sehr viel Zeit gewinnen. Ich denke an die Jahrestagung der DEH, ich denke an die Jahrestagungen des Katastrophenhilfekorps, wo diese Hilfsmittel vorhanden sind und auch eingesetzt werden; ich möchte dies als Anregung geben.

Die Christdemokraten stimmen diesem Kredit zu. Wir sind der Meinung, dass auch dem Antrag von Herrn Späti zugestimmt werden soll. Die Grundsätze der Entwicklungshilfe, wie sie 1976 formuliert und vom Parlament genehmigt wurden, sind nach wie vor gültig und aktuell, und die Entwicklungshilfe orientiert sich an praktischen und konkreten Projekten.

Rychen: Ich möchte im Namen der Fraktion dem Bundesrat sehr herzlich danken für die sehr gute Botschaft, die detailliert, sehr aufschlussreich und interessant – persönlich möchte ich sogar sagen, hervorragend – ist. Die Probleme der Entwicklungshilfe, ihre Unzulänglichkeiten und Fragwürdigkeiten,

sind hinlänglich bekannt. Sie liegen nämlich in der Natur der zu bewältigenden Aufgabe. Die SVP bekennt sich zur Solidarität mit der Dritten Welt, mit den Entwicklungsländern. Diese Solidarität ist wichtig und auch notwendig.

Die Höhe der Hilfe entsprach in der Vergangenheit nicht ganz der Bedeutung der internationalen Verflechtung der Schweiz. Die Vorlage, die wir heute beraten, will, dass wir pro Jahr 125 Millionen mehr an Entwicklungshilfe ausgeben. Bisher haben wir für drei Jahre einen Kredit von 2,1 Milliarden gesprochen, die neue Vorlage sieht für eine 4jährige Periode 3,3 Milliarden vor, das bedeutet also eine Steigerung pro Jahr von 700 Millionen bisher auf neu 825 Millionen. Dieser Erhöhung stimmt die SVP zu.

Der Vergleich im internationalen Bereich sieht wie folgt aus: Die OECD setzt 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes zum Ziel, die Schweiz kommt mit dieser Vorlage jetzt ungefähr auf 0,35 Prozent. Ein Vergleich: Die durchschnittlichen Werte der westeuropäischen Industriestaaten liegen im Moment bei 0,5 Prozent des Bruttosozialproduktes. Allerdings – das müssen wir aus unserer Sicht auch sagen – sind solche Vergleiche problematisch. Weil beispielsweise mit diesen Prozentsätzen nur die staatliche Hilfe berücksichtigt wird und die privaten Anstrengungen dabei nicht in Betracht gezogen werden, weil die Qualität, die Wirksamkeit der technischen Zusammenarbeit nicht berücksichtigt wird – und dies scheint uns ein sehr zentrales Problem zu sein. Wir stellen mit Befriedigung fest, dass im internationalen Vergleich das Schweizer Rezept, die Schweizer Methoden für die Entwicklungshilfe im grossen und ganzen gut abschneiden.

Allerdings möchten wir auch eine Kritik anbringen an der Politik, die die Schweiz im Moment betreibt. Kein einziges Schwerpunktland im Entwicklungshilfeprogramm der Schweiz erhält in absoluten Zahlen soviel bilaterale Hilfe wie Indien, nämlich 193 Millionen Franken. Dies sind über 9 Prozent der gesamten bilateralen Hilfe, und damit weit mehr, als die Schwerpunkthilfe an alle lateinamerikanischen Länder. Unbestrittenermassen ist die Armut in Indien sehr gross. Indien ist aber gleichzeitig ein mit hochtechnologischen Gütern – insbesondere Rüstungsgütern – ausgestattetes Land, eine Atommacht, ein Land der Raketentechnologie, ein Land der riesigen sozialen Gegensätze. Da stellen wir doch die kritische Frage: Ist es berechtigt, Indien derart zu bevorzugen im Vergleich zu andern Ländern, die ebenfalls riesige Probleme haben? Diese Frage stellen wir hier bewusst, und wir sind gespannt, wie Herr Bundesrat Felber darauf antwortet.

Eine Entwicklungshilfe ohne Fehler gibt es nicht, die kann es nicht geben, dazu müssen wir stehen. Aber wir müssen als Politiker auch zur Kenntnis nehmen, dass es in der Bevölkerung immer wieder kritische Bemerkungen gibt, z. B. wegen der Hilfe an Länder, bei denen man ganz genau weiss, dass deren Regierungen oder besser gesagt Regimes korrupt sind, völlig ihr Volk unterdrücken, und ihr eigenes zur Verfügung stehendes Geld für alles andere als für die Hilfe an die eigene Bevölkerung verwenden. Solchen Regimes gegenüber ist besondere Vorsicht geboten, weil immer wieder das ungute Gefühl vorhanden ist, dass entwicklungspolitische Anstrengungen unseres Landes durch solch korrupte Regimes zunichte gemacht werden.

Das Grundproblem der Entwicklungshilfe liegt aber anderswo. Ich rede von der Bevölkerungsentwicklung. Ich möchte in diesem Zusammenhang einen anderen Begriff verwenden: Bevölkerungsexplosion. Diese Bevölkerungsexplosion ist die Hauptproblematik des nächsten Jahrhunderts für die ganze Menschheit. Dies ist eine Tatsache.

Das Votum der grünen Fraktion hat zweifellos einige richtige Kritikpunkte gegenüber den Industrieländern angebracht, vor allem auch gegenüber dem Verhalten der Industrieländer. Aber das Votum war wohl auch überzogen.

Wenn man alles, was auf dieser Welt falsch läuft und alles, was in der Dritten Welt falsch läuft, einfach umlegt auf die Schuldenseite der Ersten Welt, so ist diese Sicht wahrlich zu einfach. Man kann wirklich nicht jegliche Verantwortung für diese Fehlentwicklungen nur den Industriestaaten zuschieben. Das Hauptproblem ist, dass diese Bevölkerungsexplosion jede Besserung, jeden Fortschritt, aber auch fast jede Hoffnung

wegfrisst. Da müssen die Entwicklungsländer ihren Beitrag auch leisten.

Ich muss zuhause von Frau Bär sagen, dass Entwicklungshilfe, wie sie sie heute darstellt, in ihrer Problematik nicht einfach nur ein ökologisches oder ein ökonomisches Problem ist. Es ist auch ein moralisch-ethisches Problem. Es ist vor allem auch ein religiöses Problem. Bei diesen moralisch und vor allem religiös motivierten Verhaltensweisen in bezug auf die dringend notwendige Geburtenkontrolle, Familienplanung, Bevölkerungsplanung versagen fast alle Instrumente. Diese religiösen Kräfte sind sehr stark, und sie werden – zu meinem Bedauern – sogar aus unseren industrialisierten Ländern mit gewissen Ideen unterstützt. Das ist eine Rechnung, die nicht aufgehen kann. Davor können und dürfen wir die Augen nicht verschliessen.

Ich bitte den Bundesrat, dass er im Rahmen der technischen Zusammenarbeit dieser Problematik besondere Beachtung schenkt.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zum Antrag von Kollege Spälti, damit wir dann nicht noch einmal ans Rednerpult kommen müssen: Wir werden diesen Antrag unterstützen. Wir sehen darin einen Sinn, dass diese Ergänzung in der Vorlage gemacht wird.

Die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen Eintreten auf die Vorlage.

Scheidegger: «Die Reichen speisen die Aermsten mit Worten ab.» So war vor drei Tagen nach einer Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder in den Zeitungen zu lesen. In der Tat, der Problemdruck in der Dritten Welt wird gerade angesichts der Irak-Krise, der Entwicklung in Osteuropa usw. noch höher, ja dramatisch. Hinter all den Zahlen und Statistiken über jene Länder verbirgt sich eine bei uns meist immer noch verdrängte Realität, die einen sehr kurzen Namen hat, nämlich: Not. Tag für Tag Kampf ums nackte Ueberleben. Der Mangel an Nahrung, Energie, Werkzeugen, Wissen, medizinischer Versorgung ist zudem vielfach gekoppelt mit Unterdrückung und Flüchtlingsproblemen. Den Aermsten dieser Welt geht es eben nicht besser, im Gegenteil.

Dieser generellen Situation tragen Bericht und Antrag «Weiterführen der technischen Zusammenarbeit» des Bundesrates Rechnung. Einen besonderen Aspekt möchte ich hier hervorheben: Die Verstädterung in der Dritten Welt. Lebten zu Beginn des 19. Jahrhunderts von der damaligen Bevölkerung von 1000 Millionen Menschen knapp vier Prozent in Städten, so sind es heute von fünf Milliarden bereits 40 Prozent. Man rechnet, dass im Jahre 2025 von den acht Milliarden Menschen dieser Welt die meisten in den Städten leben. Dieses Wachstum und diese Problematik sind in akzentuierter Form in den Entwicklungsländern festzustellen. So rechnet man in Lateinamerika im Jahre 2000 mit 75 Prozent, die in Städten wohnen, in Asien mit 35 Prozent, in Afrika mit 40 Prozent. Diese Verstädterung ist mit vielen Problemen verbunden, insbesondere dann, wenn die Städte vor allem durch die ländliche Bevölkerung wachsen, und das städtische Wachstum nicht nur durch die Städte selbst gegeben ist. Dann wird die Problematik vielfach.

Von diesen allgemeinen Problemen nun zu den spezifischen Analysen:

Zwei Reisen führten mich in den letzten zweieinhalb Jahren nach Kamerun. Hauptziel war die Besichtigung von Entwicklungsprojekten, in erster Linie von schweizerischen Entwicklungsprojekten. Die kamerunische Hafenstadt Duala, wirtschaftliches Zentrum des Landes, scheint zu explodieren.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Stadtbevölkerung alle acht bis neun Jahre verdoppelt. Ein Ende der zunehmenden Verstädterung Kameruns ist überhaupt nicht abzusehen. 1982 lebten 37 Prozent der Bevölkerung dieses Landes in Städten, und bald werden es 60 Prozent sein. Nach längeren Verhandlungen unterzeichneten 1983 die Weltbank und die Schweiz einen Vertrag über die Zusammenarbeit mit Kamerun, die eine sanfte Urbanisierung in der sogenannten Zone Nylon in Duala vorsah. Die Weltbank finanzierte mit einem Kredit von 20 Millionen Dollar die Arbeit an städtischen Grossinfrastrukturen. Markantes Resultat der Schweizer Hilfe ist der grosse Gemüse- und Warenmarkt im Quartier «Madagaskar», dessen

Rohbau 1988 fertiggestellt wurde. Dort sollen dann 1000 Lebensmittel- und Gebrauchsartikelhändler und 800 Kleinhändler Platz und Verdienst haben.

Dieser Markt ist nun seit bald zwei Jahren fertiggestellt, aber wegen offensichtlich zu zähflüssigem Schmiergeldfluss – ich kann es nicht anders sagen – noch immer nicht eröffnet. Damit werden das Projekt «Nylon» und die qualifizierten, vorläufig noch motivierten Entwicklungshelfer diskreditiert und entmutigt. Auch die Aussenwirkung auf die breite Bevölkerung in Duala ist sehr schlecht.

Ich fordere den Bundesrat auf, dafür zu sorgen, dass dieses Millionenprojekt unverzüglich eröffnet wird. Die Zone «Nylon» ist eines der ganz wenigen Stadtentwicklungsprojekte, die von der Schweiz unterstützt werden.

Selbstverständlich muss man sich fragen, ob damit nicht die Aktivität der Stadt zusätzlich erhöht und die Landflucht gefördert wird. Ich meine, dass man die Landflucht vor allem dann bremsen kann, wenn man die Attraktivität der ländlichen Gebiete erhöht, die nötigen Infrastrukturen bereitstellt und den Bauern gerechte Preise zahlt für ihre Produkte.

Hier, Herr Rychen, ist eben Indien anzusiedeln. Dort wird eben auf dem Lande genau diese Hilfe gegeben, die immer noch nötig ist und mithilft, weiteres forciertes Städtewachstum und mithin Verslumung nicht zu verhindern, aber zu bremsen.

Gleichzeitig zur ländlichen Entwicklung sind aber Projekte wie Nylon in Duala angesichts der geschilderten Urbanisierungstendenzen in der Dritten Welt in Zukunft noch nötiger, und der Bundesrat ist eingeladen, in dieser Richtung noch ein Vermehrtes zu tun.

In diesem Sinne bin ich für Eintreten auf dieses Geschäft.

Wiederkehr: Wenn wir Migrationen verhindern wollen, wenn wir wollen, dass die Menschen dort, wo sie ihre Wurzeln haben, bleiben können, müssen wir endlich alle Kräfte in unserem Land zusammennehmen, um einen Beitrag zu leisten und nicht – wie das Herr Mühlemann vorhin wieder getan hat – mit irgendwelchen ideologischen Unterstellungen herumwedeln. Dazu gehört auch, dass wir uns der Rolle der Familienplanung bewusst werden. Das geltende Bundesgesetz für internationale Zusammenarbeit und humanitäre Hilfe hält als Ziel die Herstellung des ökologischen und demographischen Gleichgewichtes fest.

De facto hat sich aber die Schweiz bisher in diesen Belangen immer vornehm zurückgehalten, um keine ethischen und nationalen Gefühle zu verletzen. Das schlägt sich auch auf die privaten Organisationen nieder: auf die Caritas zum Beispiel, die heute noch in Uganda und Ruanda, trotz der sehr grossen HIV-Positiven-Rate, trotz dem Skandal, bei dem man sehen kann, wie viele Aidskranke in den nächsten Jahren vorhanden sein werden, immer noch Familienplanung nur verschämt in einem Hinterzimmer und nicht öffentlich betreibt – von Kondomen wollen wir gar nicht reden –, um ja die ethischen Gefühle, vor allem jene des Papstes, nicht zu verletzen. Ich glaube, dass hier die von der Schweiz geförderte Entwicklungszusammenarbeit eine völlig andere Rolle einzunehmen hat und nicht auf überholte Ansichten privater Organisationen Rücksicht zu nehmen hat.

Ich möchte also fordern, dass Familienplanung in sämtliche Projekte, die sich in irgendeiner Form mit dem Los der Familie befassen und von der Schweiz unterstützt werden, eingebaut wird; dies scheint mir im Hinblick auf die technische Zusammenarbeit ganz besonders wichtig. Es wurde schon einmal festgestellt, dass es in erster Linie die Männer sind, bei denen die Vermittlung von Familienplanung hapert, aus vielen Gründen: Machismo usw. Aber gerade darum muss man dort die Anstrengungen verdoppeln, verdreifachen. Denn diese Männer sind es ja heute noch zur Hauptsache, die in der technischen Zusammenarbeit das Know-how haben, die ausgebildet werden; und sie sind noch jung, d. h. im sexuell aktiven Alter. Und wenn sie keine Ahnung haben, was Aids ist und was sie mit Aids erwartet, können sie in zehn Jahren tot sein. Die gesamten Investitionen der technischen Zusammenarbeit, über die wir heute sprechen, wären vergeblich gewesen. Ich bitte daher unsere DEH dringend, dafür zu sorgen, dass Familienplanung und Aids-Aufklärung und -Information auch

in den Projekten der technischen Zusammenarbeit ein Thema wird.

M. Ziegler: Deux remarques d'introduction: premièrement, nous sommes 5 milliards d'êtres humains sur terre; 3,8 milliards vivent dans un des 122 pays du tiers monde et représentent les deux tiers de l'humanité vivant dans les pays du sud. Cette société planétaire est caractérisée par la structure d'inégalité fondatrice. L'année dernière, 16 pour cent de la population mondiale, selon la statistique de la Banque mondiale, ont consommé 62 pour cent de tous les biens produits comme vous le montre cet excellent message, et la situation ne cesse d'empirer. 0,4 pour cent de croissance du PNB dans les pays d'Afrique subsaharienne, par exemple, vous montre qu'entre démographie et croissance du produit national brut il y a maintenant une extraordinaire dissymétrie.

Mon propos est de dire quelque chose d'hérétique. Après avoir écouté les collègues et lu le message, je connais le discours du Conseil fédéral: il est totalement faux. Ce que la plupart des collègues ont dit n'est pas très juste non plus.

Aujourd'hui, le tiers monde est partie. Il n'est plus objet de domination. Tout le discours de la sociologie de l'impérialisme, tout le discours que nous avons tenu, nous, hommes et femmes de gauche, qui critique le phénomène impérialiste, ce discours est caduc. Le tiers monde n'est plus exploité par le monde industriel mais flotte comme un radeau quelque part dans un néant social. Si vous discutez avec M. de Pury, le négociateur suisse au GATT, il vous montre les statistiques du commerce extérieur suisse: il y a une chute libre de nos importations (matières premières agricoles, minérales, etc., sauf toujours le pétrole) provenant des 122 pays du tiers monde. Prenons comme exemple le sucre de canne: nous n'en importons presque plus car nous obtenons les betteraves à sucre gratuitement du Marché commun. Autrement dit, tout le discours prioritaire, pour nous les hommes et les femmes de gauche sérieux – la droite est moins intéressante – que nous avons tenu donne la priorité à la fixation des termes d'échange de matières premières: les Stabe, les «buffet-stocks». Toute cette problématique, à savoir contrôler l'investissement privé suisse dans le tiers monde, tout cela est caduc parce que l'investissement suisse privé capitaliste dans le tiers monde recule d'une façon formidable. Les importations des biens produits ou qui ont poussé dans le tiers monde, sauf les fleurs du Maroc, reculent d'une façon formidable. Bref, cette unité négative du monde sur laquelle était basée toute la critique que nous formulions tous – René Dumont, Régis Debray, etc. – depuis vingt ans, cette part est caduque, brisée, elle n'existe plus.

Il y a une nouvelle unité toute aussi négative, mais objective, du monde qui se constitue par le biais de l'environnement. Nous pouvons repousser, couper nos rapports de transferts de capitaux, de technologie, d'importations de matières premières, agricoles et minérales du tiers monde, même aux pires conditions, nous pouvons couper nos relations avec le tiers monde mais celui-ci reste présent sur la même planète. En massacrant 120 000 hectares de forêt amazonienne par an, le gouvernement brésilien, qui est le deuxième gouvernement le plus endetté du monde parmi les 122 pays du tiers monde (132 milliards de dollars de dettes extérieures au 31 décembre dernier), en dévastant l'Amazonie, affecte très directement notre climat. Ceci est un exemple. Donc, l'unité négative du monde existe mais elle n'est plus construite telle que nous, hommes et femmes de gauche critiques à l'endroit de cette société planétaire, des termes d'échanges inégaux, etc., l'avons conçue jusqu'il y a très récemment. Il faut donc faire un effort théorique extraordinaire, balayer les anciens concepts, créer une raison analytique nouvelle.

La question que je veux poser maintenant à M. Felber, conseiller fédéral, est la suivante: il y a eu en juin, à Londres – la Suisse y est allée, elle est très active et c'est bien – la conférence sur l'ozone. Il y aura au début de l'année prochaine la conférence à Genève sur le CO₂, où les pays industrialisés vont forcer les pays du tiers monde, à cause de la question climatique toujours qui nous affecte ici – sécheresse en France tout à fait dramatique cet été – à adopter des programmes de protection de l'environnement extrêmement draconiens. Les pays du tiers

monde n'en veulent pas: l'Inde a été virulente à Londres, le Brésil également. Ce que M. Felber va entendre à Genève dans quelques mois ne va pas être drôle à écouter pour un homme d'Etat d'Occident.

Il nous faut un deuxième crédit-cadre pour prendre en charge les obligations qui découlent de ces nouvelles politiques mondiales consécutives au rapport de Londres sur la protection de l'environnement dans les pays du tiers monde, et pas seulement en ce qui concerne les produits tropicaux ou la lutte contre la désertification etc. Il serait catastrophique que les engagements que nous allons prendre à Genève dans quelques mois, dans le programme environnement des Nations Unies, soient prélevés justement sur ce crédit-là.

Je pose une question double: premièrement, il faudrait que M. Felber puisse me donner l'assurance que les obligations contractées par la Suisse à la conférence sur l'ozone et celles qu'elle contractera nécessairement à la conférence sur l'environnement mondial à Genève, dans quelques mois, n'entameront pas ce crédit-cadre.

La deuxième question: Ne pense-t-il pas, à l'instar de M. Cotti, conseiller fédéral, qu'il est urgent de présenter au Parlement un deuxième crédit-cadre qui serait aussi géré par vous et par M. Cotti et qui prévoit 2 à 3 milliards, sur quatre ans, et qui permettrait à la Suisse de participer aux programmes internationaux de lutte contre la dégradation dramatique de l'environnement dans les pays du tiers monde? Je le remercie de me répondre.

M. Felber, conseiller fédéral: Permettez-moi tout d'abord de vous remercier de l'accueil que vous avez réservé au message du Conseil fédéral, de l'attention que vous avez accordée aux problèmes qui y sont énumérés et de l'appui que vous nous donnez pour poursuivre notre aide et coopération au développement.

La très grande pauvreté, voire la misère, dans laquelle vivent la majeure partie des femmes et des hommes du monde constitue indéniablement un des plus grands défis de notre temps. Notre sens de la justice nous conduit à agir pour remédier à cette situation. De plus en plus, des considérations d'ordre politique s'ajoutent aux considérations morales pour nous pousser à rechercher de vraies solutions à ces problèmes. On ne peut en effet imaginer un ordre international stable s'il n'y a pas de possibilité d'une vie digne pour chaque individu, quel que soit le pays où il doit vivre. L'ampleur croissante des migrations internationales provoquées par la violence, sans doute, mais aussi par la misère, constitue un facteur de déstabilisation auquel nous devons être sensibles. Le souci de l'équilibre écologique de la planète est encore, là aussi, une raison supplémentaire de notre engagement.

Le message du Conseil fédéral, comme les réflexions livrées ce matin au cours de ce débat, ont prouvé à quel point le développement des pays pauvres est une tâche complexe et ambitieuse. Nous sommes bien loin des illusions que nous avions il y a vingt ou trente ans, quand on pouvait penser que quelques projets de coopération technique bien exécutés, par de gentils experts enthousiastes, pourraient servir de modèles définitifs au développement de nos partenaires! Ce que nous avons tout d'abord appris, c'est qu'en aucune manière il ne saurait être question de transposer chez la plupart de nos partenaires des modèles, et surtout pas des modèles fondés sur des valeurs occidentales. Les sociétés en développement évoluent selon leurs propres choix, selon leurs propres valeurs culturelles. Dans ce sens, notre coopération au développement ne peut être conçue que comme un soutien à des initiatives de nos partenaires et non pas comme une exportation de nos recettes.

Une autre leçon importante de l'expérience est que les instruments de la coopération au développement – en particulier la coopération technique et l'aide financière, qui font l'objet du message qui vous est soumis aujourd'hui – sont utiles et nécessaires mais ne suffisent pas à eux seuls à améliorer la situation des pays en développement. Nous constatons l'importance de la question interne des pays en développement, tant sur le plan économique que sur le plan politique ou social. Quant au soutien international, il doit porter sur l'ensemble

des relations Nord-Sud et notamment sur les relations financières et commerciales.

Notre message met l'accent sur le problème des politiques et des structures nationales des pays en développement, qui souvent se sont révélées inadaptées. Souvent l'Etat s'est vu attribuer un rôle exagéré, qu'il n'est pas à même d'assurer. La crise économique des dernières années a contraint nombre de pays d'Afrique et d'Amérique latine à des réformes souvent douloureuses mais nécessaires et finalement salutaires. Les réformes économiques ont été accompagnées de réformes politiques permettant une meilleure application et une meilleure participation de la société civile au fonctionnement de l'économie et des institutions.

Sur le plan international, il s'agit en tout premier lieu de trouver une solution adéquate à la crise de la dette, c'est-à-dire un véritable assainissement de la situation qui permette aux pays en développement affectés par cette crise de reprendre leur développement interrompu depuis plusieurs années. Pour chaque pays qui a entrepris les réformes internes nécessaires, il faut mesurer de manière réaliste la charge de la dette compatible avec une reprise de la croissance et pour le reste il faudra bien arriver à une remise effective de la dette. Il faut constater que les mesures prises jusqu'ici ne vont pas encore assez loin. Je salue donc l'initiative des oeuvres suisses d'entraide qui, par leur pétition déposée il y a quelques mois, ont permis d'attirer l'attention sur la dimension réelle du problème.

En acceptant la proposition du Conseil fédéral d'ouvrir un crédit-cadre, vous nous permettez de poursuivre et d'améliorer notre politique de coopération au développement. Nous aurons certainement l'occasion de revenir sur des aspects de la coopération Nord-Sud qui vont au-delà de la coopération technique et de l'aide financière. Il s'agira plus particulièrement de nous prononcer un jour sur les possibilités d'aider la communauté internationale à résoudre le problème de l'endettement.

Je me bornerai à tenter encore d'apporter une réponse aux quelques questions qui nous ont été posées. En ce qui concerne tout d'abord le problème important de la coopération de l'aide financière dans les pays d'où proviennent des réfugiés, nous savons que la Suisse est confrontée à un afflux de plus en plus important et inquiétant de personnes qui, sans être des réfugiés au sens de notre loi sur l'asile – c'est-à-dire qu'elles ne sont pas menacées individuellement pour des raisons politiques, religieuses ou raciales – n'en sont pas moins poussées par des raisons graves à venir chercher refuge chez nous. Parmi ces raisons, certaines sont sans doute d'ordre économique: le chômage, la misère, la faim. Il est donc naturel que l'on se pose la question de savoir si on ne pourrait pas agir davantage sur place, dans les pays d'origine des demandeurs d'asile, ou créer des conditions permettant à ces personnes de vivre décemment, sans avoir besoin d'émigrer. Nous nous préoccupons de ce problème depuis longtemps déjà. Nous consacrons des ressources relativement importantes depuis de nombreuses années pour les réfugiés, surtout au moyen de l'aide humanitaire par le canal du CICR et du Haut Commissariat pour les réfugiés. Nous avons également commencé à agir sur le plan de la coopération au développement, contribuant à donner dans certains pays une base économique aux réfugiés qui sont réunis dans ce que l'on appelle le pays de premier accueil – comme au Pakistan pour le cas des réfugiés afghans – ou bien même dans leur pays d'origine – comme au Sri Lanka.

Il faut cependant éviter les illusions. Tout d'abord, il faut reconnaître qu'il est très rare que les situations soient uniquement de nature économique. Dans presque tous les pays d'origine des demandeurs d'asile en Suisse, il y a en plus d'une situation économique difficile, un conflit ou une situation de conflits violents ou des violations des droits de l'homme. Prenons le cas assez exemplaire du Sri Lanka: avant la guerre civile, ce pays n'avait pas d'émigration notable. Chacun s'accordait à reconnaître que le Sri Lanka était une réussite dans la politique du développement, malgré un revenu par tête d'habitant évidemment relativement bas. Les niveaux de santé, de nutrition et même d'éducation étaient très largement comparables à ceux des pays d'Europe. Telle était donc la situation avant la

guerre civile et c'est au moment où la violence a éclaté que les Tamouls ont dû émigrer. Dans un tel cas, la solution ne peut être que politique. Toute l'aide au développement du monde ne résoudra pas ce problème particulier. Nous pourrions faire ainsi des remarques concernant plusieurs pays d'origine des demandeurs d'asile que nous voyons arriver en Suisse.

Il faut aussi avoir à l'esprit la très grande dimension des problèmes et ne pas s'imaginer que le simple déplacement de priorités de notre coopération au développement est suffisant. Prenons le cas de la Turquie: on sait qu'il faudrait créer environ 4 à 5 millions de postes de travail pour résoudre le problème du chômage et du sous-emploi. Quels sont les moyens de notre coopération au développement? Même en étant très efficace, elle peut créer un poste de travail avec un investissement de l'ordre de 10 000 francs. Cela signifie qu'avec un programme annuel de 30 millions de francs – ce qui pour notre coopération au développement est déjà un grand programme – nous ne pourrions créer chaque année qu'environ 3000 postes de travail. Voilà la réalité des chiffres et même si nous nous engageons dans cette voie, nous tenons à vous rendre attentifs aux difficultés que nous allons nécessairement rencontrer.

En ce qui concerne la question de M. Rychen et du groupe UDC à propos de l'aide à l'Inde, il est admis que cette dernière est traditionnelle dans le cadre de la coopération technique suisse. Il y a de très nombreuses années que des projets ont été élaborés en faveur de ce pays. Bien sûr, il s'agit d'un pays avec un secteur moderne extrêmement important. Mais c'est aussi un pays de profonde pauvreté, de plus de 800 millions d'habitants, avec une population parfois au seuil de la misère, sinon totalement dans la misère. Plus de 300 millions d'habitants en Inde vivent dans un état d'extrême dénuement. Nos actions en Inde s'adressent d'abord et surtout à cette population très pauvre. Nous aidons en Inde à créer des emplois dans le secteur de la soie; nous travaillons à travers des crédits ruraux accordant des garanties aux petits agriculteurs, de manière à ce qu'ils puissent améliorer leur rendement et leurs cultures; nous aidons et appuyons des programmes concernant le domaine de l'élevage de bétail, là aussi pour les plus pauvres et les plus petits agriculteurs qui sont d'ailleurs souvent situés dans le sud du pays. Voilà les raisons de l'aide à l'Inde, encore une fois, avec une image assez étonnante d'un pays moderne, voire développé et riche, mais d'un autre côté qui voit toute une part importante de sa population dans un état de pauvreté profond.

La question que posait tout à l'heure M. Scheidegger concernant le projet «Nylon» à Douala, au Cameroun est une question qui nous préoccupe également. Nous y attachons de l'importance. Nous désirons que ce projet de marché, dans un quartier où l'on est en train d'assainir un bidonville, soit terminé. Pour nous, ce projet est donc important. En l'occurrence, il s'agit – me dit-on, Monsieur Scheidegger – d'une difficulté d'ordre politique et administratif. Un règlement de la ville n'a pas encore été adopté, c'est celui qui permettrait l'accès des pauvres de la ville de Douala à ce nouveau marché. C'est là que gît le problème, nous le connaissons donc déjà.

Si vous le permettez, Monsieur le Président, j'aimerais déjà entrer dans la discussion de détail quant à la proposition de M. Spälti, conseiller national. J'ai entendu les porte-parole des groupes – que je remercie de leur soutien – déclarer d'ores et déjà qu'ils étaient prêts à accepter la proposition de M. Spälti. Celle-ci n'est pas gênante mais, à mon avis, elle est un peu superflue dans la mesure où, déjà actuellement, nous entreprenons de telles mesures dans certains pays. Cela a été par exemple le cas en Bolivie où nous avons engagé précisément des efforts pour substituer à la culture des plantes destinées à la fabrication de drogues, d'autres plantes. La difficulté de vouloir absolument obtenir la substitution de ces cultures tient à un autre élément qu'il ne faudrait pas oublier: en Colombie, avant la drogue, il y avait du café et c'est aussi parce que les prix du café se sont écroulés et qu'ils ne permettaient plus aux populations rurales de vivre, qu'elles ont remplacé le café par des drogues, la coca en particulier. Remplacer la coca oui, mais à condition de trouver un produit qui soit exportable et qui permette à ces populations de vivre.

Nous n'allons pas nous battre sur la proposition de M. Spälti,

nous n'allons pas lui faire de la peine, mais nous estimons que ce travail est précisément déjà entrepris aujourd'hui et que nous devons continuer d'étudier toutes les possibilités d'engager les moyens de la coopération au développement dans le sens d'une stratégie cohérente, à condition que les moyens, les projets, soient véritablement utiles à la solution recherchée.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Dietrich: Es war zu erwarten, dass meine Aeusserungen wegen der Präsenz der Journalisten zu Reaktionen führen würden.

Ich möchte festhalten: Ich habe gesagt, es sei mir aufgefallen, dass während über einer Stunde diese Presstribüne leer war. Ich habe den Journalisten lateinischer Sprachen gedankt für ihre Präsenz hier im Saal. Ich habe nicht gesagt, dass sich die Journalisten für das Geschäft nicht interessieren. Ich weiss auch, dass sie via Fernsehschirm die Arbeit hier verfolgen und schreiben. Ich schätze und anerkenne diese Arbeit der Bundeshausjournalisten. Ich stelle aber fest, dass bei viel weniger gewichtigen Geschäften – wobei das auch wieder relativ ist – die Tribüne ganz anders besetzt ist. Man hat mir jetzt auch gesagt, man sei vielleicht auf der Tribüne, wenn besondere Vorkommnisse zu erwarten oder zu registrieren wären.

Kurt Tucholsky hat gesagt: «Wir alle sehen ja nur, was wir sehen wollen.» Wenn ich meine persönliche Sicht geben will: Ich erachte die Präsenz von Journalisten auf der Tribüne bei wichtigen Geschäften als einen Akt des Mitdabeiseins. So habe ich das verstanden.

M. Felber, conseiller fédéral: Je vous prie de m'excuser car j'ai omis de répondre à la question posée par Monsieur le conseiller national Ziegler concernant les mesures qu'il faudrait prendre et les crédits qui seraient nécessaires pour convaincre les pays du tiers monde en particulier, comme on les nomme, de participer aux efforts de protection de l'environnement.

Nous tenons à déclarer ici – c'est la réponse très précise à la question que vous nous avez posée, Monsieur le conseiller national – que nous n'allons pas utiliser les crédits qui sont prévus dans ce message pour répondre aux nouveaux besoins tels qu'ils sont été décrits dans la Conférence de Londres et pour la future conférence de Genève. Là, il y a des crédits d'ordre budgétaire, qui figurent au budget du Département de l'intérieur et du Département des affaires étrangères dans le domaine de la direction des organisations internationales, section protection de l'environnement. Nous n'utilisons donc pour la protection de l'environnement le crédit de coopération au développement que dans la mesure où nous le décrivons dans notre message, (convaincre la population, reforestation, etc.). Pour les grands projets, il s'agit de crédits différenciés.

Actuellement, le problème d'un crédit-cadre général pour convaincre les pays les plus pauvres de participer à l'effort planétaire en faveur de la protection de l'environnement n'a, à ma connaissance, pas été envisagé, mais c'est un problème que nous retenons.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Spälti

Bst. d (neu)

d. Beiträge an die Substitution des Drogenanbaus und an Organisationen, die sich entwicklungspolitisch im Kampf gegen Drogen einsetzen.

Bst. e

Die bisherige Buchstabe d wird Buchstabe e.

Art. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Spälti

Let. d (nouvelle)

d. Des contributions en faveur de productions de substituant aux cultures de stupéfiants ainsi qu'aux organisations qui s'emploient à lutter contre la drogue dans les pays du tiers monde.

Let. e

L'actuelle lettre d deviendrait lettre e.

Spälti: In der vorliegenden Botschaft ist der Bundesrat auf grundlegende Aspekte der Entwicklungspolitik eingegangen, auf die operativen und organisatorischen Dimensionen ebenfalls. Oekologische Fragen, die Stellung der Frau in den Entwicklungsländern, die vielfältigsten gesellschafts-, gesundheits- und entwicklungspolitischen Bereiche sind angesprochen worden. Ich glaube, für jedermann, der diesen Bericht gelesen hat, war es ein sehr aufschlussreicher Bericht.

Meines Erachtens ist aber in der jetzigen Vorlage ein wesentlicher Aspekt etwas wenig behandelt worden, der auch strukturelle Schwächen und Fehlentwicklungen betrifft.

Verschiedene Entwicklungsländer wie Kolumbien, Peru, und Länder im «goldenen Dreieck» sind hauptlastig in die Drogenproduktion involviert. Ihre Landwirtschaft und ihre volkswirtschaftlichen Strukturen sind sehr stark auf die Erträge aus dem Anbau von Drogen ausgerichtet, und grosse Bevölkerungskreise bäuerlicher Regionen sind auf diese Einkünfte angewiesen. Allein in Bolivien, Peru und Kolumbien, die ja zum Teil von dieser Vorlage auch profitieren sollen, sind weit über eine Million Einwohner direkt vom Drogenanbau abhängig. Von denen, die indirekt abhängig sind, spreche ich jetzt gar nicht.

In anderen Entwicklungsländern bestehen ähnliche Verhältnisse. Es wird der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit immer wieder vorgeworfen, unser Land ziehe aus den eingesetzten Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit umfangreiche eigene Vorteile. Da kann man doch gerade sagen, dass im Zusammenhang mit dem Drogenanbau hier eine Möglichkeit bestünde, deren Nutzen wahrscheinlich auch dem lautesten Ideologen ins Auge springen müsste. Es geht um die Bekämpfung des Drogenanbaus mit der entsprechenden Förderung landwirtschaftlicher Projekte und mit Hilfe der Substitution durch landwirtschaftliche Produktion. Es soll gelingen, die Umstrukturierung einer Agrarproduktion zu erreichen und somit bereits eine notwendige Abwehrfront in den Anbauländern selbst zu errichten, deren Drogenprodukte die westeuropäischen Industriestaaten in einem gefährlichen Ausmass überfluten. Das muss – ich sage: auch – neben vielen anderen ein Ziel einer effizienten Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sein.

Die lawinenartige Ausbreitung der Heroinproduktion in Südamerika und Südostasien ist eine vitale Bedrohung nicht nur für alle zivilisierten und industrialisierten Staaten dieser Welt, sondern immer mehr auch für unser eigenes Land. Es steht ausser Zweifel, das bestätigen auch Entwicklungsexperten, dass viele Bauern bereit wären, auf andere Kulturen umzusteigen, wenn ihnen Unterstützung, Preis- und Abnahmegarantien gewährt und somit Absatzkanäle und die wirtschaftliche Existenz ihrer Familien gewährleistet würden. Deshalb wäre es meines Erachtens angebracht, in dieser Vorlage einen wichtigen Punkt einzubringen, nämlich die Erkenntnis, sinnvolle Entwicklungshilfe mit dem Kampf gegen den Drogenanbau zu verbinden und Substitutionsprojekte zu unterstützen, die zur Produktion von Nahrungsmitteln geeignet sind.

Gerade die Schweiz, die ja selbst vom Kokainkonsum immer stärker betroffen wird, hätte hier eine grosse Verantwortung wahrzunehmen. Es wäre ja auch politisch falsch, die ganze Verantwortung des Kampfes gegen Drogen auf die andern, z. B. die USA oder die Uno-Institutionen, zu laden und diese allein den Abwehrkampf, vor allem auch im entwicklungs- und agrarpolitischen Bereich, führen zu lassen. Kokain- und Heroinproduktion können ohne Zweifel weltweit durch sinnvolle wirtschafts- und entwicklungspolitische Massnahmen wesentlich reduziert werden. Das wurde soeben auch von seiten des Bundesrats bestätigt. Es braucht aber den politischen Willen, und deshalb muss es irgendwo schriftlich fixiert sein. Es braucht die entwicklungspolitische Umsetzung durch alle Industrienationen, auch die Schweiz.

Es dürfte eine Tatsache sein, dass die billigste Drogenbekämpfung der Ersatz der Koka- und Mohnkulturen in den Anbauländern Südamerikas und Asiens ist. Wir als Nation könnten ein Beispiel einer integralen Entwicklungszusammenarbeit verwirklichen, indem Bund, Kantone, Gemeinden und private Institutionen als Partner ihre Erfahrungen und Dienstleistungen für eine wirksame Lösung des Problems einsetzen können. Wir würden nicht nur einen bedeutenden Beitrag leisten, um hier wie dort menschliches Elend und Leid weltweit zu mindern, sondern zugleich auch mithelfen, die Bevölkerung solcher Staaten – das ist ja auch ein Ziel der Entwicklungshilfe – freier und unabhängiger zu machen, ihnen ihr Selbstwertgefühl und die demokratischen Verhältnisse, die durch die kriminellen Drogenorganisationen zerstört worden sind, zurückzugeben.

Es gibt bereits sehr schöne Beispiele für solche Substitutionsaktionen. Beispielsweise nenne ich das Projekt Alto Huallaga in Peru, wo als Alternative zum Drogenanbau erfolgreich auf Milchproduktion umgestellt werden konnte. Also: Eine verstärkte Ausrichtung unserer entwicklungspolitischen Massnahmen auf solche Zielsetzungen hin ist durch die Umstände gegeben. Mein Antrag möchte gar nichts anderes, als dass diese Idee im Sinne einer Erwähnung im Bundesbeschluss unterstrichen wird. Wenn die Bereitschaft, das zu tun, ja schon vorhanden ist, dann dürfen und sollen wir das auch für die nächste mittelfristige Periode festhalten. Ich will mit meinem Vorschlag – das sehen Sie auch, wenn Sie ihn lesen – den zuständigen Stellen des Bundes nach wie vor jede Freiheit in der Wahl der Projekte offen lassen.

In diesem Sinne wäre diese Ergänzung des Bundesbeschlusses von der Grundidee her zweckmässig, und ich möchte Sie bitten, ihr – vielleicht über die Parteigrenzen hinweg, aber von der Sache her – zuzustimmen.

M. Ziegler: La proposition de M. Spälti est excellente et la réponse donnée tout à l'heure par M. Felber, par anticipation dans la discussion générale, n'est pas fondée. Le Conseil fédéral se réfère là aux seuls programmes qui sont en activité aujourd'hui au Pérou, en Equateur, en Bolivie et en Colombie, c'est-à-dire aux programmes américains bilatéraux de la Drug Enforcement Administration. Or, les quatre gouvernements, dont deux membres de l'Internationale socialiste (Bolivie et Equateur), ont refusé à plusieurs reprises la prolongation au-delà de 1991 de ces programmes, car ce sont des programmes d'occupation territoriale avec appui militaire. En même temps que certains agents de la DEA luttent contre les plantations de la drogue, les trafiquants et les laboratoires et essaient d'introduire des produits de substitution, ils luttent contre les syndicalistes de la réforme agraire, contre les occupations de terres et souvent contre la guérilla légitime dans plusieurs de ces pays, notamment en Colombie. Il est donc nécessaire que les pays européens occidentaux neutres prennent cette affaire en main et non seulement dans les quatre pays cités qui sont les principaux planteurs et fournisseurs de coca, mais aussi dans les pays qui n'ont pas été nommés par M. Spälti, là où la morphine de base se constitue, essentiellement le Liban, la plaine de la Beqaa.

Je dirai encore une chose que tout le monde connaît, mais qu'il faut rappeler à cette tribune: la Suisse est le pays industrialisé qui, par tête d'habitant, a eu l'année dernière le plus haut taux de morts par overdose. Nous sommes ravagés par la

mort blanche et nous avons donc un intérêt très personnel et immédiat à nous joindre à la lutte ou même, pour une fois, à prendre une initiative par la constitution d'un programme neutre, efficace, d'introduction de cultures de substitution (le financement) dans les quatre pays d'Amérique latine et les deux pays du Moyen-Orient qui sont particulièrement touchés par la cocaïne et l'héroïne et à diversifier notre coopération technique dans ce sens.

Une dernière remarque tout à fait personnelle. Je regrette infiniment que le Conseil fédéral ait refusé au seul président qui aurait vraiment besoin d'une visite d'Etat en Suisse, à notre ami et camarade de l'Internationale socialiste, Jaime Paz Zamora, président de la République de Bolivie, la faveur d'une invitation en Suisse. Le président bolivien aurait infiniment aimé discuter de ces problèmes avec le Conseil fédéral et demander l'aide de la Suisse. En tant qu'ancien étudiant, il est très lié à notre pays. Or, le Conseil fédéral a préféré inviter Mme Thatcher. J'espère que notre gouvernement pourra un jour rattraper l'erreur qu'il a commise.

Frau Grendelmeier: Ich kann mich leider der Ansicht, die vorhin geäussert wurde, nicht anschliessen. Das Gegenteil von «gut» ist nicht «schlecht»; das Gegenteil von «gut» ist «gut gemeint». Es ist zweifellos so, dass das Drogenproblem in den Entwicklungsländern, vor allem von Südamerika, ein immer schwieriger zu lösendes wird. Ich glaube nicht, dass wir nun – so wie es Herr Spälti vorschlägt – mit einem Beitrag, den wir von dieser ohnehin kleinen Summe abzweigen müssen, Unterstützungsprogramme zur Substitution der Drogen finanzieren können. Glauben Sie, Herr Ziegler und Herr Spälti, wenn das möglich wäre, dann hätten die Leute, die sich seit Jahren oder Jahrzehnten mit dem Drogenproblem herumschlagen, auch auf internationaler Ebene, längst einen Weg gefunden, wie man substituieren kann, d. h. wie man einen Ersatz für das – wie Herr Felber gesagt hat – unendlich viele Geld, das die Leute für die Drogen bekommen, finden kann. Diesen Ersatz gibt es nicht, es gibt keine Kartoffeln, keine Tomaten, kein Korn, nichts, was soviel Geld bringt, dass tatsächlich eine Substitution möglich wäre. Hätte man das schon gefunden, müssten wir gar nicht mehr darüber reden, und ein grosser Teil des Drogenproblems wäre gelöst.

Ich wehre mich etwas dagegen, dass man diesen kleinen Betrag, den wir nun heute sprechen, diese 825 Millionen Franken pro Jahr für so viele anstehende Projekte, jetzt auch noch für ein solches Programm verwendet.

Ich bin der Meinung, wir müssten das aus diesem Programm herausnehmen, und ich möchte Herrn Spälti raten, einen neuen Antrag zu stellen, einen Kredit zu verlangen, um dieses Problem der Substitution zu erforschen. Bitte nicht letztlich indirekt den Drogenbossen das Geld noch nachschmeissen! Denn substituieren werden wir es mit diesen wenigen Franken, die wir dafür erübrigen können, bestimmt nicht.

Ich bitte Sie, diesen Antrag von Herrn Spälti abzulehnen, so gut er gemeint ist. Wie gesagt, das Gegenteil von «gut» ist «gut gemeint».

Bundi, Berichterstatter: Herr Spälti beantragt eine Ergänzung zum Bundesbeschluss. Er möchte festhalten, dass auch Beiträge vorzusehen seien für die Substitution des Drogenanbaus oder für Organisationen, die sich entwicklungspolitisch im Kampf gegen Drogen einsetzen.

Es ist nicht zu bezweifeln, dass das Anliegen von Herrn Spälti grundsätzlich gerechtfertigt ist. Tatsächlich wäre es viel besser, wenn das Drogenproblem an der Wurzel, d. h. beim Angebot, konkret beim Anbau, bekämpft werden könnte. Nun gibt es leider keine einfachen Rezepte hierzu. Die Frage ist zum Beispiel, wodurch der Drogenanbau ersetzt werden sollte. Traditionelle Produkte wie zum Beispiel Kaffee vermögen wegen der tiefen Weltmarktpreise keine echten Alternativen darzustellen – Herr Bundesrat Felber hat darauf hingewiesen. Trotzdem ist es sicher wichtig, dass im Rahmen der Entwicklungshilfe gerade in Ländern wie Bolivien oder der Türkei, wo die Schweiz sehr stark engagiert ist, der Anbau neuer Produkte gefördert wird.

Die Direktion für Entwicklungshilfe bemüht sich, zusammen

mit der Uno, mit privaten Hilfswerken, aber auch bilateral, dem Problem ihre Aufmerksamkeit zu schenken, obwohl dies nicht explizit in der Botschaft erwähnt ist. Persönlich wünsche ich, dass die DEH in einer künftigen Botschaft auch einen Abschnitt dem Sektor Drogenanbausubstitution widmet, so wie sie das in der vorliegenden Botschaft betreffend Aids-Bekämpfung im Rahmen des Sektorprogramms Gesundheit getan hat.

Es stellt sich die Frage, ob das Anliegen von Herrn Kollege Spälti – eines neben vielen, das von der Sache her sicher begründet ist – unbedingt in diesen Bundesbeschluss hineingeht. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten hat nicht speziell über dieses Problem gesprochen. Es lag dort auch kein entsprechender Antrag vor. So kann ich nur tendenziell für die Kommission sprechen. Was gegen diese Verankerung spricht, ist, dass wir eine neue Differenz zum Ständerat schaffen. Dazu kommt – das dürfen wir auch sagen –, dass Herr Spälti vor drei Jahren hier auch im Zusammenhang mit einem solchen Rahmenkredit einen ähnlich lautenden Antrag eingebracht hat. Sein Antrag ist damals vom Rat abgelehnt worden.

Es wäre zu prüfen, ob dem Anliegen von Herrn Spälti nicht eine Motion zum Durchbruch verholfen werden könnte, so wie es auch Frau Grendelmeier angetönt hat; damit könnte der gesamte Fragenkomplex besser geklärt werden.

Ich kann hier nicht eine eindeutige Meinung der Kommission wiedergeben, aber wir neigen eher dazu, das jetzt nicht im Bundesbeschluss zu verankern und das Anliegen eher im Sinne einer Motion vorzutragen.

M. Grassi, rapporteur: Le problème soulevé par la proposition de M. Spälti n'a pas été examiné par la commission. Personnellement, je me rallie à l'idée que ce problème est extrêmement important et nous préoccupe tous. Il est important, aussi bien pour les pays du tiers monde que pour les pays industrialisés, tant pour notre génération que pour les générations futures. Il revêt une dimension internationale.

L'apport de la Suisse, toutefois, est limité et pourrait se perdre dans l'amplitude du problème. Mais, comme l'a relevé M. Felber, conseiller fédéral, notre pays a déjà tenté de reconvertir la culture de coca et de pavot en Amérique latine, ce qui fait partie du programme de coopération technique. Cependant, les organisations internationales sont principalement appelées à apporter une solution à la suppression d'une telle production, par le biais de contributions de substitution versées aux cultivateurs afin de lutter contre les trafiquants.

La proposition Spälti pourrait trouver sa place dans les indications figurant aux lettres c et d de l'arrêté fédéral. La mentionner sous une lettre spéciale soulignerait l'importance que nous attribuons à la lutte contre la drogue. Il appartient donc au Conseil fédéral de déterminer quand et comment il entend inclure ce problème dans le programme de la coopération technique et de l'aide humanitaire.

Selon le président de notre commission, M. Spälti avait déjà présenté une proposition analogue il y a trois ans. A ce moment-là, par 69 voix contre 40, nous avons jugé inutile d'ajouter cette précision à l'arrêté fédéral. Depuis lors, rien n'a changé, je vous invite donc à rejeter la proposition de M. Spälti.

M. Felber, conseiller fédéral: Si nous analysons le texte de l'arrêté que vous vous apprêtez à voter, nous constatons que la lutte contre la drogue et la proposition de M. Spälti seraient le seul exemple concret d'action introduite dans cet arrêté. Or, une logique de la technique législative est à respecter, puisque l'arrêté est élaboré et rédigé de façon très générale. En l'occurrence, il contiendrait seulement une nuance concernant un objet. Nous ne vous cachons pas que cela pourrait être le début d'une inflation, chacun désirant voir figurer expressément dans un arrêté de portée générale une série de mesures concrètes et particulières.

C'est la raison pour laquelle, tout en étant d'accord avec la préoccupation exprimée par M. Spälti, nous estimons que cette modification ne devrait pas figurer dans l'arrêté.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Spälti 72 Stimmen
Dagegen 38 Stimmen

Art. 3

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes 125 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Seite 1 der Botschaft
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon la page 1 du message

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

90.536

Interpellation Aubry Hungersnot in Nordvietnam Famine dramatique au Vietnam du Nord

Wortlaut der Interpellation vom 7. Juni 1990

Ich frage den Bundesrat, ob er nicht der Provinz Nghe Tinh im Norden von Vietnam dringliche Nahrungsmittelhilfe gewähren könnte.

Laut der asiatischen Presse leiden mehr als 1,2 Millionen Vietnamesen in dieser Provinz Hunger. Nicht nur die Wirbelstürme, die die Ernten zerstört haben, sondern auch Verantwortunglosigkeit der Behörden und Korruption haben zu dieser für die Bevölkerung dramatischen Situation geführt.

Der Rahmenkredit für Nahrungsmittelhilfe sollte es erlauben, sofort zu intervenieren, bevor Tausende von Personen vor Hunger sterben oder ihre Gesundheit verlieren.

Kontakte mit der Regierung in Hanoi sowie die Entsendung von Delegierten, die an Ort und Stelle Ueberwachungsfunktionen wahrnehmen, sollten es ermöglichen, dieser Provinz Nahrungsmittelhilfe zu gewähren.

Die Getreidevorräte unseres Landes sollten eine solche Geste zulassen.

Texte de l'interpellation du 7 juin 1990

Je demande au Conseil fédéral s'il ne peut accorder une aide alimentaire urgente à la province Nghe Tinh au Nord du Vietnam.

D'après la presse asiatique, plus d'1,2 million de Vietnamiens de cette province souffrent de la faim. Non seulement des cyclones ont détruit les récoltes, mais le manque de responsabilité des autorités et la corruption ont conduit à cet état dramatique pour la population.

Le crédit-cadre à l'aide alimentaire devrait permettre d'intervenir de toute urgence avant que des milliers de personnes soient mortes de faim ou y laissent leur santé.